

STEFFI TÖPFER

Ungeliebtes Erbe

Die sowjetischen Ehrenmale
in Berlin und Wien 1945 bis 2010

Visuelle Geschichtskultur

19



Gedruckt mit Unterstützung des Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europa e.V. in Leipzig. Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Der Titel ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.sandstein-verlag.de, DOI: 10.25621/sv-gwzo/VG-19

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non Commercial 4.0 Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für nicht kommerzielle Zwecke (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>).

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
Doctor Philosophiae (Dr. phil.)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2022, Sandstein Verlag, Goetheallee 6, 01309 Dresden
Umschlagabbildung: Pioniere und FDJler beim Appell vor dem Sowjetischen Ehrenmal Treptow in Berlin. ddrba_00010602.jpg/
ID 67074. © ddrbildarchiv.de/Burkhard Lange.

Redaktion: Wilfried Franzen
Korrektorat: Sandstein Verlag
Einbandgestaltung: Sandstein Verlag
Gestaltung, Satz, Repro: Sandstein Verlag
Druck: FINIDR, s.r.o.

Bildrechte:
S. 67, Abb. 62: Privatbesitz Dr. Helga Köpstein (Berlin)
S. 103, Abb. 113: Österreichische Nationalbibliothek, ÖNB/Wien, US 12.834/2
S. 133, Abb. 116: Bundesarchiv Berlin, BArch, Bild 212-136
S. 160, Abb. 116: Privatbesitz Dr. Katrin Löffler (Leipzig)

Alle nicht nachgewiesenen Abbildungen entstammen dem Privatarchiv der Verfasserin.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-691-0

19 Ungeliebtes Erbe

Die sowjetischen Ehrenmale
in Berlin und Wien 1945 bis 2010

STEFFI TÖPFER

SANDSTEIN

Inhalt

7 Vorwort

I Einleitung

9 1.1 Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

11 1.2 Vorgehensweise

12 1.3 Quellenlage

14 1.4 Forschungsstand

15 1.5 Theoretischer Ansatz: Konzepte von Geschichtspolitik

2 Ausgangslage und Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen

23 2.1 Zwischen UdSSR und DDR – Eine lebensnotwendige Abhängigkeit

25 2.2 Zwischen UdSSR/Russländischer Föderation und Österreich – Beständiges Streben nach Unabhängigkeit

30 2.3 Exkurs: Österreich – Bundesrepublik Deutschland – DDR. Außenpolitische Beziehungen zur UdSSR und zwischenstaatliches Verhältnis

3 Sowjetische Ehrenmale in Europa

37 3.1 Die Entwicklung des Gefallenengedenkens im deutschsprachigen Raum und in der UdSSR/Russländischen Föderation

40 3.2 Sowjetische Ehrenmale in ostmittel- und südosteuropäischen Ländern

43 3.3 Sowjetische Ehrenmale in Deutschland und Österreich

45 3.4 Beschreibung der Anlagen und Interpretation ihrer Symbolik

82 3.5 Ensembles der Architektur der Stalin-Zeit

4 Das sowjetische Ehrenmal in Wien

93 4.1 Wien 1945 bis 1955: Ein sowjetisches Ehrenmal zwischen Befreiung, Niederlage und Besatzung

104 4.2 Wien 1955 bis 1990: Nach dem Staatsvertrag

111 4.3 Wien 1990 bis 2010: Bedeutungswandel des »Russendenkmals«?

118 4.4 Die geschichtspolitische Einordnung des »Russendenkmals« am Wiener Schwarzenbergplatz (1945 bis 2010)

5 Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin

131 5.1 Berlin 1945 bis 1949: Neue Denkmäler an alten Orten

140 5.2 DDR und West-Berlin 1949 bis 1990: Die Ehrenmale zwischen Außen- seiterstatus und politischer Inszenierung

168 5.3 Berlin 1990 bis 2010: Sowjetische Ehrenmale als öffentliches Ärgernis, Erinnerungsort oder Touristenattraktion?

179 5.4 Die geschichtspolitische Einordnung der sowjetischen Ehrenmale in Berlin (1945–2010)

6 Zusammenfassung

203 Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien 1945 bis 2010

Anhang

211 Abkürzungen

212 Quellen- und Literaturverzeichnis

Ausgangslage und Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen

2.1 Zwischen UdSSR und DDR – Eine lebensnotwendige Abhängigkeit

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war es für die Staatsführung der SED bis 1955 unsicher, welchen Status das eigene Land von Seiten der UdSSR zugebilligt bekommen würde. Bezeichnend war hierbei das sich 1952/53 ereignende Zwischenspiel der sogenannten Stalin-Note,² als für einen Moment eine Wiedervereinigung Deutschlands unter dem Vorzeichen blockfreier Neutralität möglich schien. Zugleich schuf sich die UdSSR schon seit 1945 ein System der Überwachungs- und Einflussmöglichkeiten innerhalb der SBZ bzw. DDR, zu deren Durchsetzung und Bestand die SED mit differenzierten Formen und Methoden beitrag³ und das bis 1989 bestehen sollte.

Als Stalin am 5. März 1953 verstarb, entstand ein Machtvakuum innerhalb der Führungsspitze der UdSSR, das sich – bedingt durch den Aufstand vom 17. Juni 1953 – nicht nur auf die innen-, sondern auch auf die außenpolitische Stabilität der DDR auswirkte. Noch ohne zugestandene staatliche Souveränität durch die UdSSR unterstützte diese das SED-Regime jedoch bei der Niederschlagung dieses Aufstandes militärisch, was die SED-Führung wieder stabilisierte.⁴ Nicht nur das militärische Eingreifen der UdSSR während des Aufstandes, sondern auch die dauernde militärische Präsenz der sowjetischen Truppen in der DDR prägten das Bild der Ostdeutschen über die Sowjetunion.⁵ Dagegen zeigten sich Vertreter der »sowjetischen Streitkräfte« auch noch nach 1989 überzeugt, dass ihre Stationierung »wichtigstes Mittel für den Machterhalt der SED« war sowie der »Stärkung der Positionen des Sozialismus in Europa« diente.⁶

Nach der vom damaligen Ersten Sekretär des ZK der KPdSU Chruščëv 1955 geäußerten Zwei-Staaten-Theorie half die Sowjetunion der DDR, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den der UdSSR zugeneigten Staaten sowie zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auszubauen. Fortan sollten zudem die intensiven Beziehungen zwischen DDR und Sowjetunion zu einer »deutsch-sowjetischen Freundschaft« ausgestaltet werden, die bis 1989 offiziell Bestand hatte. Nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO am 9. Mai 1955 gehörte die DDR im Gegenzug – fast zwangsläufig – zu den »gleichberechtigten Mitunterzeichnern« des Warschauer Pakts vom 14. Mai 1955. Sie gewann somit an staatlicher Souveränität, auch gegenüber der Sowjetunion. Dies zeigte sich u. a. in einem am 20. September 1955 von DDR und UdSSR unterzeichneten bilateralen Vertrag. Dieser definierte die Beziehungen mit »völliger Gleichberechtigung,

gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten«. Doch – »obwohl sich dadurch die Abhängigkeit von der Sowjetunion de jure milderte, verwies der vertraglich vereinbarte Verbleib sowjetischer Truppen auf die mangelnde faktische Souveränität der DDR und zugleich auf die fortwährende Instabilität des Regimes.⁷

Als am 13. August 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde und sich Ostdeutschland gegen die Bundesrepublik Deutschland abriegelte, sah der damalige Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht diesen Schritt gleichsam als »Zwischenstufe« für einen möglichst separaten Friedensvertrag mit der Sowjetunion. Die DDR-Führungsspitze wollte den alliierten Status Berlins abbauen, um so längerfristig die Kontrolle über Gesamtberlin zu übernehmen. Chruščëv jedoch war nicht daran interessiert, Ost-Berlin zu viel außenpolitischen Spielraum zu überlassen. Das führte zu Missstimmungen zwischen beiden Staaten.⁸ In Bezug auf das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow sei hier noch erwähnt, dass im November 1961 die »Entstalinisierung« des öffentlichen Raumes – an Gebäuden und Denkmälern – auch in der DDR vonstatten ging.⁹ Das Ehrenmal in Treptow mit seinen zahlreichen Stalin-Zitaten war jedoch nicht unmittelbar von diesen Aktionen betroffen.¹⁰

Im Juni 1964 schlossen DDR und UdSSR den »Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit«, der für die DDR aber nur ein »Trostpflaster« war, da die SED-Führung mit einem gesonderten Friedensvertrag und – in Konsequenz – mit verstärkter staatlicher Anerkennung durch die Sowjetunion gerechnet hatte.¹¹ Im Oktober desselben Jahres wurde Leonid Brežnev Parteichef der KPdSU. Die Beziehungen zwischen Walter Ulbricht und Brežnev waren aber nie frei von Reibungen. Das zeigte sich nicht in offenem Widerspruch, wohl aber hatte die DDR-Führung nach dem Bau der Berliner Mauer neues Selbstbewusstsein bekommen. Infolgedessen beklagten sich viele »Bruderländer« wegen mancher ostdeutscher Überheblichkeit. Jedoch auch hier behielt Moskau die Kontrolle, als die Führung der KPdSU mit einem Handelsvertrag im Dezember 1965 die sowjetischen Handelswünsche gegen die der DDR durchsetzte.

Auch Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre blieb die DDR weiterhin an die »sowjetische Generallinie gebunden«.¹² Ulbrichts nach 1969 fokussierte »selbstständige Deutschlandpolitik« gegenüber der Bundesrepublik stieß auf sowjetischen Widerspruch. Denn statt der von Ulbricht geforderten »diplomatischen Missionen« musste sich die DDR am 12. August 1970 mit der Rolle des Zaungastes abfinden, als die Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR den Moskauer

Vertrag unterzeichneten.¹³ Damit ging der Versuch der Staatsführung einher, in der DDR ein eigenes Nationalstaatsbewusstsein zu verankern. So vertrat in einer offiziellen demoskopischen Untersuchung Anfang der 1970er Jahre die Mehrheit der Bevölkerung die Meinung, die DDR »sei ein selbstständiger Staat und müsse von der Bundesrepublik anerkannt werden«.¹⁴

Als am 2. Mai 1974 Ständige Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin eingerichtet wurden, sprach sich Moskau gegen jede Form der diplomatischen Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten aus. Die eingeforderte »Blockdisziplin« musste der DDR jedoch nicht abgerungen werden, weil dieser Staat ohnehin den fortwährenden Schutz der Sowjetunion benötigte. Zudem heißt es im ersten Artikel eines am 7. Oktober 1975 unterzeichneten Freundschaftsvertrags mit der UdSSR, dass auf die Erwähnung gesamtdeutscher Zusammenhänge verzichtet und die ewige Freundschaft mit der Sowjetunion beschworen werde.¹⁵

Im Jahr 1982, nach dem Tod von Brežnev, kam es während der Übergangszeit unter den neuen KPdSU-Generalsekretären Jurij Andropov und Konstantin Černenko zu keiner grundlegenden Neubestimmung in der DDR betreffenden Außenpolitik. Die Beziehungen zwischen Sowjetunion und DDR blieben durch Meinungsverschiedenheiten über Vorteile und Risiken einer deutsch-deutschen Kooperation gekennzeichnet.

1985/86, nach dem Amtsantritt von Michail Gorbačëv als Generalsekretär der KPdSU, sah sich Ost-Berlin außenpolitisch zunächst wieder im Gleichklang mit der Sowjetunion und bewegte sich bei Abrüstungs- und diversen Friedensverhandlungen auf Linie der UdSSR.¹⁶ Doch während Gorbačëv eine Politik der Öffnung – Glasnost – sowie der Umgestaltung der Gesellschaft – Perestroika – verwirklicht sehen wollte, distanzierte sich die DDR-Führung zunehmend von der Führungsspitze der UdSSR. Dagegen hoffte ein Großteil der DDR-Bevölkerung durch die Politik der UdSSR auf Reformen im eigenen Land. Jedoch zeigte sich in der sogenannten »Sputnik-Krise«, die im Oktober 1988 begann, wie tief die Kluft zwischen den Führungsspitzen der DDR und UdSSR einerseits sowie zwischen dem SED-Regime und der ostdeutschen Bevölkerung andererseits war.¹⁷

So gab SED-Generalsekretär Erich Honecker im Dezember 1988 die Lösung vom »Sozialismus in den Farben der DDR« aus. Offen griff er die sowjetische Politik allerdings erst an, als sich die UdSSR zu einseitigen Rüstungsreduzierungen gezwungen sah und sich die Exis-

tenzfrage für die DDR damit am Horizont abzeichnete. Denn im Gegensatz zu 1961, dem Jahr des Mauerbaus, konnte die DDR 1989 nicht mehr auf die Blocksolidarität der »Bruderländer« bauen. In Ungarn suchten »Reformkommunisten« schon 1988 nach anderen politischen Wegen. In Polen verhandelte die Regierung mit der Gewerkschaft Solidarność.¹⁸ Als am 7. Oktober 1989 die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin stattfanden, wollte Gorbačëv Honecker erneut zu einem reformorientierten Kurs drängen. In der atmosphärisch eisigen Stimmung verhallte seine Mahnung jedoch ungehört: »Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort.« Diese unkooperative Stimmung zeigte sich auch Ende Oktober 1989, als Egon Krenz, der neue Generalsekretär des ZK der SED, nach Moskau reiste. Der Eindruck, dass »in den Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus zwischen der Sowjetunion und der DDR »kein Schulterschluss mehr vorhanden sei«, bestätigte sich während dieser Reise.¹⁹ Nun zeigten sich die Konsequenzen der Tatsache, »dass dem Staat DDR ein konsstitutives Element von Anfang an gefehlt hatte: Ein eigenes Staatsvolk hatte es nie gegeben, und die Staatsgewalt, die Herrschaft über Land und Leute, konnte nur so lange mit Gewalt aufrecht erhalten werden, wie der »große Bruder« in Moskau die Voraussetzungen dafür garantieren konnte.«²⁰

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 besetzte Hans Modrow den Posten des neuen Regierungschefs. Zunächst sah er die Zukunft der DDR in »kooperativer Koexistenz« mit der Bundesrepublik Deutschland. Bei den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 gab die Mehrheit der Ostdeutschen jedoch denjenigen Parteien ihre Stimme, die einer Vereinigung auf Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes zustimmten. Ebenfalls 1990 wurden die »Zwei-plus-Vier-Gespräche« durchgeführt. Sie endeten am 12. September 1990, nachdem die beiden deutschen Außenminister sowie die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges den »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland als Ganzes« abgeschlossen und damit die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands gelegt hatten.

Gerade für die folgende Analyse ist der Umstand wichtig, dass viele Ostdeutsche einen Unterschied sahen zwischen »den Russen« und der SED, der vielen DDR-Bürgern zubilligte, unter sowjetischer Hegemonie nicht anders als von Moskau bestimmt gehandelt zu haben.²¹ Die offizielle Formel von der Freundschaft mit

der Sowjetunion und der Bereich privater Erinnerung widersprachen sich häufig so entscheidend, dass ein Großteil der Einwohner der DDR lernte, zwischen öffentlicher Inszenierung und privater Anschauung zu trennen.²² Die Auswirkungen der hier kurz skizzierten Ereignisse auf die Nutzung der Berliner Ehrenmale sollen im Kapitel 5 dargestellt werden. Zunächst vor allem durch die Partei- und Staatsführung, um darauf aufbauend die spezielle Nutzung am 8. bzw. 9. Mai vergleichend zu analysieren sowie – soweit anhand der Quellen möglich – die Präsenz im öffentlichen Bewusstsein der DDR-Gesellschaft aufzuzeigen.

Auf die geschichts- und außenpolitischen Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und dem wiedervereinigten Deutschland wird ausführlich in Kapitel 5.3.1 (rechtliche Grundlagen) eingegangen, ebenso auf die daraus resultierenden Debatten um den Verfall oder die Sanierung der sowjetischen Ehrenmale (5.3.2), die sich 1990 in einem stark baufälligen Zustand befanden. Auch die Interventionen von russischer Seite bei diesen Debatten werden dabei aufgezeigt.

2.2 Zwischen UdSSR/Russländischer Föderation und Österreich – Beständiges Streben nach Unabhängigkeit

Die Rote Armee war die erste der alliierten Armeen, die am 29. März 1945 die österreichische Grenze überschritt und am 13. April 1945 in Wien einmarschierte.²³ Bis zum 15. Mai 1955 – dem Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages – sollte es jedoch dauern, bis Österreich seinen »Doppelcharakter« als befreites und besetztes Land²⁴ zugunsten einer politischen Neutralität verlor und sich künftig als freies Land bezeichnete.²⁵

Die politischen Beziehungen zwischen UdSSR bzw. Russländischer Föderation und Österreich lassen sich anhand politischer Ereignisse in vier Zeitabschnitte untergliedern und sollen entsprechend dieser Periodisierung ausführlicher im Folgenden dargestellt werden. Von 1945 bis 1955 gab es ein Ringen um den Staatsvertrag, 1955 folgten der Staatsvertrag und die politische Neutralität, daraus resultierte von 1955 bis 1990 das Spannungsverhältnis von Neutralität und Abhängigkeit, das sich seit 1990 in die politische Unabhängigkeit Österreichs auflöste.

1945 bis 1955

Ringen um den Staatsvertrag²⁶

Schon vor Kriegsende hatte die sowjetische Regierung in Bezug auf Österreich das wichtigste Ziel formuliert: Die Wiederherstellung eines unabhängigen Landes in den Grenzen von 1937.²⁷ Jedoch war es kein Hauptanliegen Stalins, dass Österreich kommunistisch werden sollte.²⁸ Mueller spricht von einer »Grauzone, in der westlicher und sowjetischer Einfluss in einem freien Spiel der Kräfte wirken sollten«. Langfristig wollte die sowjetische Regierung den »friedlichen Übergang zu Volksdemokratie und Sozialismus einleiten«, indem politische »Schlüsselressorts« durch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) besetzt werden.²⁹

Die beinahe zehnjährige Besatzungszeit unterteilt Esterer in drei Phasen: Die erste Phase dauerte vom Kriegsende im April 1945 bis zur Anerkennung der ersten österreichischen Nachkriegsregierung unter Karl Renner durch die Alliierten am 20. Oktober 1945. Die zweite Phase dauerte bis zum Zweiten Kontrollabkommen, das am 28. Juni 1946 in Kraft trat, während die dritte Phase bis zum Abzug der alliierten Armeen im Oktober 1955 anhalten sollte.³⁰

Bereits am 27. April 1945 wurde unter Befürwortung der Sowjetunion eine Provisorische Staatsregierung unter dem der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) angehörenden Karl Renner konstituiert. Renner hatte bereits nach dem Zusammenbruch der Monarchie von 1918 bis 1920 das Amt des Staatskanzlers der Ersten Republik Österreich bekleidet, 1938 aber nach dem Anschluss an das Deutsche Reich diesen auch befürwortet.

Der Einfluss der 1945 gebildeten Regierung endete zunächst an den Grenzen der sowjetischen Besatzungszone. Diese Begrenzung auf den sowjetischen Einflussbereich war auch in anderen osteuropäischen Ländern zu beobachten, die von der Roten Armee besetzt waren, auch Renner sollte als »willige Marionette des Kremls über [die, d. A.] nötige Autorität im Land verfügen, um zunächst alle antifaschistischen Kräfte zu einen und eine demokratische Regierung zu bilden, in der sich zunehmend die Kommunisten etablieren«.³¹

Beteiligt an dieser ersten Regierung der Zweiten Republik waren die drei großen Parteien gleichermaßen: die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die SPÖ und die KPÖ. Der KPÖ wurde dabei aber von Seiten der UdSSR keine Sonderstellung zugebilligt. Der einzige Vorteil, der sich aus ihrer Regierungsbeteiligung für die sowjetische Staatsmacht ergab, war die rasche Information über jeg-

liches Geschehen innerhalb der Regierung Renner.³² Zugleich sollten die Beteiligung der KPÖ und ihre pro-sowjetische Propaganda jedoch unterstützend wirken, um den Einfluss der UdSSR in Österreich zu festigen.³³ Da dies jedoch im deutlichem Gegensatz zu den – vor allem durch die Rote Armee verursachten – katastrophenalen Versorgungsverhältnissen in der sowjetischen Zone und im bis dahin ausschließlich sowjetisch besetzten Wien stand,³⁴ blieben die kommunistischen Einflüsse mit einem starken negativen Eindruck kontrahiert, so dass diese Strategie der UdSSR von Anfang an zum Scheitern verurteilt war.³⁵

Bereits nach ihrem Einmarsch in Österreich hatten die Armeen der Alliierten die Zivilverwaltung an Österreicher übergeben, innerhalb weniger Wochen errichtete man provisorische Landesregierungen in allen Ländern.³⁶ Mit dem ersten Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 wurden die Besatzungszonen endgültig festgelegt.³⁷ Es wurden Militärregierungen installiert, die den Landesregierungen übergeordnet waren. Die vier Militärkommissare – zuständig jeweils für ihre Besatzungszone – stellten als Mitglieder des Alliierten Rates die oberste Gewalt für Österreich dar.³⁸

Wien blieb zunächst ausschließlich sowjetisch besetzt und gehörte damit zu einem der »erste[n] internationale[n] Konfliktherde, die offen militärisch-politische Gegensätze innerhalb der Anti-Hitler-Koalition aufzeigten«.³⁹ Hintergrund war, dass über die möglichen Versorgungswege der Stadt zwischen den Alliierten – insbesondere zwischen Briten und Russen – Uneinigkeit herrschte.⁴⁰ Noch im Juli 1945 weigerten sich die Briten, ihren Sektor in Wien zu übernehmen und kalkulierten ein, dass dadurch die sowjetische Besatzungsmacht – als bisheriger Alleinversorger der Stadt – immer weiter an Ansehen verlieren würde, »da man alle negativen Seiten der Besetzung den Russen anlasten würde«.⁴¹

Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen, Marschall Konev, entschloss sich daraufhin zu einem »radikalen Schritt«. Er zog am 1. September aus allen westlichen Sektoren Wiens einseitig die sowjetischen Truppen ab. Noch am gleichen Tag wurden diese von Amerikanern, Briten und Franzosen übernommen. Ob die Einweihung des russischen Befreiungdenkmals am Schwarzenbergplatz am 19. August 1945 oder die erste gemeinsame Parade der Alliierten an diesem Ort am 23. August 1945, als sich die Vertreter der westlichen Alliierten ausschließlich als »Gäste« bezeichneten,

diese sowjetische Entscheidung beeinflussten, ist nicht mehr ganz nachvollziehbar.⁴²

Am 11. September 1945 kam erstmals der seit dem Ersten Kontrollabkommen vom 4. Juli 1945 bestehende Alliierte Rat im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz, dessen südlicher Teil im April 1946 in Stalinplatz umbenannt werden sollte, zusammen.⁴³ Bis dahin hatten die Alliierten eine »eigenmächtige Zonenpolitik«⁴⁴ betrieben. Das Ziel der UdSSR war nun, die Anerkennung der provisorischen Staatsregierung durch die Westmächte und damit die endgültige Legitimation der Regierung Renner durchzusetzen. Nachdem einem der KPÖ angehörenden Staatssekretär die Aufsicht über die Hauptwahlbehörde entzogen und einem Unterstaatssekretär der ÖVP übertragen wurde, war der Weg für die ersten demokratischen Nachkriegswahlen frei. Am 20. Oktober 1945 wurde die provisorische Regierung unter Karl Renner auch durch die Westmächte anerkannt.⁴⁵

Die zweite Phase der Besatzungszeit sollte bis zum Zweiten Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 dauern. Entscheidend in diesen Monaten waren die ersten freien Nachkriegswahlen vom 25. November 1945. SPÖ und ÖVP erhielten die Mehrzahl der Stimmen, während für die KPÖ nur gut fünf Prozent der Wähler stimmten. Die drei Parteien bildeten eine Große Koalition unter Leopold Figl (ÖVP), doch schon im Koalitionsabkommen wurde deutlich, dass die Kommunisten ausschließlich »formal an der Regierung« beteiligt waren, an der »Machtausübung auf Bundesebene« aber nicht mitwirkten.⁴⁶

Vor allem der rapide Ansehensverlust der Roten Armee aufgrund der durch sie verübten Plünderungen, Morde und Vergewaltigungen trugen maßgeblich zum Scheitern der KPÖ bei dieser Wahl bei. Die Partei distanzierte sich zu wenig von diesen Verbrechen und übte kaum Kritik.⁴⁷ In Folge des geringen Rückhalts in der Bevölkerung wurde sie mehr und mehr aus dem politischen Leben gedrängt und verließ 1947 die Regierung.⁴⁸ Das »Experiment Renner« war aus Stalins Sicht gescheitert,⁴⁹ und für die UdSSR blieb die Präsenz der sowjetischen Truppen eine Voraussetzung für weitere Verhandlungen um die österreichische Unabhängigkeit.⁵⁰ Andererseits verursachten die Präsenz der Roten Armee sowie der Regierungsverlust der KPÖ auf Seiten der Österreicher auch die Angst vor Putschversuchen durch die KPÖ.⁵¹

Von einer »österreichischen Außenpolitik« kann erst mit der Anerkennung der Figl-Regierung im Januar 1946 und der Entsendung österreichischer Vertreter in

die Hauptstädte der vier Besatzungsmächte gesprochen werden.⁵² Zudem wurde es nun notwendig – so stand es im Ersten Kontrollabkommen der Alliierten – in einem Zweiten Kontrollabkommen fort dauernde Kontrollmechanismen der Besatzungsmächte über Österreich festzulegen. Es trat am 28. Juni 1946 in Kraft, und die »Souveränität Österreichs« wurde durch dieses Zweite Kontrollabkommen »beträchtlich erweitert«.⁵³ Entscheidend war, dass Österreich fortan in der Gesetzgebung mehr Eigenständigkeit zugestanden wurde und der Alliierte Rat nur noch ein einstimmiges Vetorecht besaß (Artikel 6). Obgleich den Besatzungsbehörden Aufgaben entzogen und den Österreichern übertragen wurden – die alliierten Militärregierungen waren zukünftig nur noch Kontrollinstanzen⁵⁴ –, blieben die Besatzungsmächte, statt der im Abkommen festgelegten weiteren sechsmonatigen Besatzung, letztendlich bis 1955. Damit begann die dritte Phase der Besatzung.

Im Artikel 5 des Zweiten Kontrollabkommens hatten die sowjetischen Vertreter bewusst einen wichtigen Punkt vage gehalten. Das Thema »Deutsches Eigentum« entwickelte sich nun »zur Interpretation eines Rechtsproblems«. Wesentliche Teile der österreichischen Schwer- und Grundstoffindustrie, fast die gesamte Elektrizitätswirtschaft und große Teile des Bankenwesens waren nach 1945 in deutschem Besitz geblieben. Die Alliierten hatten sich dieses deutsche Eigentum zugesprochen, und die Sowjetunion versuchte sich durch Beschlagnahmungen zu nehmen, was ihr nach eigenen Ansichten zustand.⁵⁵

Der Weg zum Staatsvertrag war deshalb von den Verhandlungen über die Reparationsleistungen Österreichs an die UdSSR geprägt.⁵⁶ Die unrealistische Erwartungshaltung der sowjetischen Führung und die daraus in der österreichischen Bevölkerung resultierende Antipathie wurden offensichtlich: »Die Sowjetunion demonstrierte Fabriken, beschlagnahmte Erdölfelder und erwartete gleichzeitig politische Sympathien.⁵⁷

Zu den Reparationsforderungen der Sowjetunion kam das Ausloten zwischen den Alliierten um die politische Unterstützung für Jugoslawiens Gebietsforderungen an Österreich und Italien.⁵⁸ Eine Annäherung zwischen den Alliierten fand erst im Frühjahr 1949 auf der Außenministerkonferenz in Paris statt, als die UdSSR darauf einging, Jugoslawien in seinen Gebietsansprüchen nicht mehr zu unterstützen, dafür aber eigene Forderungen nach Reparationszahlungen durch Österreich

durchsetzen konnte. Ein fertig ausgearbeiteter Vertrag sollte zum 1. September 1949 unterzeichnet werden.⁵⁹ Dies scheiterte jedoch an verschiedenen weltpolitischen Entwicklungen, von denen die nunmehr vertraglich festgelegte deutsch-deutsche Teilung ein entscheidender Faktor war.⁶⁰ Vielmehr wurde jetzt offensichtlich, was sich seit 1945 angedeutet hatte: »Die geopolitische Lage Österreichs machte das Land nun einmal zu einem Handelsobjekt im Kalten Krieg. Die Sowjets fürchteten, dass ein freies Österreich in die Einflusssphäre des Westens, die USA fürchtete, dass ein freies Österreich in die Einflusssphäre des Ostens geraten könnte.«⁶¹

Das Land sollte nun bis 1955 zu einem »Spielball« im »Kalten Krieg« werden, zu einem »Hauptschauplatz [...], wo es galt, die Kommunisten mit allen Mitteln einzudämmen«,⁶² denn die Machtübernahme der Kommunisten im Februar 1948 in der Tschechoslowakei hatte in Österreich die Angst vor einem ähnlichen Schicksal verstärkt.⁶³ Freilich war die Frage des politischen Status Österreichs eng an die Deutschlandfrage gekoppelt – auch das sollte bis 1955 so bleiben.⁶⁴

Erst nach der zweiten freien Wahl in Österreich im Februar und Stalins Tod im März 1953 kamen die Verhandlungen zum Staatsvertrag aus der Stagnation.⁶⁵ Unter dem neuen Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) versuchte die österreichische Regierung den Westmächten entgegenzukommen, indem man versicherte, ein »neutrales Österreich« solle – am Beispiel der Schweiz orientiert – durchaus auch militärische Mittel besitzen.⁶⁶ Im Oktober 1954 wurde der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO beschlossen. Sämtliche sowjetischen Drohungen, dass die Ratifizierung des Beitrittvertrages die dauerhafte Trennung Deutschlands nach sich ziehe, hatten keine Wirkung. Die Trennung der beiden deutschen Staaten blieb bestehen, dennoch begann sich im Januar 1955 die Deutschland- von der Österreichfrage zu lösen.

Entscheidend für den endgültigen Abzug der Alliierten aus Österreich war für die sowjetische Regierung, dass Österreich nicht mehr von Deutschland annektiert werden könne und es von Seiten Österreichs für diesen Schritt ein eindeutiges Votum geben müsse.⁶⁷ So ist der entscheidende Weg zum Staatsvertrag während der Verhandlungen von Januar bis Mai 1955 von unterschiedlichen Einflussfaktoren geprägt.⁶⁸ Neben der signalisierten Verhandlungsbereitschaft der UdSSR war es ein Alleingang der österreichischen Regierung

3 Sowjetische Ehrenmale in Europa

3.1 Die Entwicklung des Gefallenengedenkens im deutschsprachigen Raum und in der UdSSR/Russländischen Föderation

Wie bereits zu Beginn der Untersuchung dargestellt, widmet sich die vorliegende Studie dezidiert den drei großen sowjetischen Ehrenmalen in den Hauptstädten Berlin und Wien. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in der UdSSR sowie in fast allen von der Sowjetunion besetzten Staaten zwischen 1945 und 1990 zahlreiche vergleichbare Anlagen geschaffen wurden. So steht in der Russländischen Föderation mit dem Mamajev-Kurgan in Volgograd das größte Ehrenmal zur Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg«.

Zugleich sind diese Ehrenmale Teil der langfristigen Entwicklung des Gefallenengedenkens. Diese soll im Folgenden knapp von den Napoleonischen Befreiungskriegen bis nach 1945 komparatistisch sowohl für den deutschsprachigen Raum als auch für die Sowjetunion nachgezeichnet werden.¹ Daran schließt sich die exemplarische Vorstellung von Beispielen an, die den heutigen Umgang mit den sowjetischen Ehrenmalen in den post-kommunistischen Staaten veranschaulichen sollen.² Entscheidend bei der Auswahl aus der unüberschaubaren Vielzahl der sowjetischen Denkmale ist dabei die skulpturale Darstellung eines oder mehrerer Angehörigen der Roten Armee und/oder der Figur der »Mutter Heimat«.³ Abschließend soll der administrative Umgang Deutschlands und Österreichs mit den sowjetischen Ehrenmalen in den europäischen Kontext eingordnet werden.

Im deutschsprachigen Raum entstand – wie der einschlägige Sammelband von Manfred Hettling und Jörg Echternamp zeigt – nach dem Ende der Napoleonischen Befreiungskriege ein neues Paradigma des Gefallenengedenkens. Dieses zeichnet sich durch Individualisierung, Ritualisierung, Monumentalisierung sowie politisierte Religion aus.⁴ Hettling und Echternamp unterscheiden für Deutschland drei Zeitphasen des Gefallenengedenkens. Die erste Phase dauert von 1813 bis zum Ersten Weltkrieg. Das Sterben für das Vaterland war – aufgrund der gewonnenen Kriege von 1813/15, 1864, 1866 und 1871 – »heldenhaft«, und »das individuelle Opfer für die zu errichtende Nation« stand fortan im Mittelpunkt des Gedenkens.⁵ Das Sterben für das Vaterland im Krieg war in der Bevölkerung hoch angesehen, und so sind die Kriegerdenkmäler dementsprechend gestaltet. Es erfolgt eine Symbolisierung des Sieges, der Fürst wird als Sieger/Einiger der Nation dargestellt, und

die Symbole des neuen Staates stehen gestalterisch im Vordergrund. Gefallene Soldaten werden in aller Regel nicht dargestellt, wohl aber namentlich genannt.

Der Erste Weltkrieg verursacht eine zweite Phase des Gefallenengedenkens. Von den drei Elementen »Gott – König – Vaterland überdauerte nun allein die nationale Komponente«.⁶ In zahlreichen Kriegerdenkmälern wurde die »Überhöhung des Kriegserlebnisses sichtbar«, nicht zuletzt, um die Erfahrung der Niederlage zu kompensieren. Der uniformierte Soldat war der »Held«, der in den Denkmälern dargestellt wurde. Trauer war aber der Grundton der offiziellen staatlichen Feiern zum Gedenken an die Opfer.⁷

Im Nationalsozialismus wurde konsequenterweise der »Volkstrauertag« zum »Heldengedenktag« umbenannt und besonders die Errichtung von Kriegerdenkmälern gefördert.⁸ »Die Bereitschaft zum Opfer für das Vaterland wurde [...] als rassistische Qualität und völkische Aufgabe inszeniert.« Vor allem aber enthielt der geplante und durchgeführte Völkermord an Millionen von Zivilisten aufgrund der »Steigerung der Tötungsweisen, bis hin zur Vergasung, einen geschichtlichen Qualitätssprung«.⁹ Aus dieser sinnlosen Radikalität heraus definiert sich nach 1945 die dritte Phase des Gefallenengedenkens und implizierte die Forderung nach »Sinnstiftung« des gewaltsauslösenden und wertlosen Todes für die Millionen Gefallenen und Ermordeten. In der Bundesrepublik gedachte man der Gefallenen zunächst durch zusätzliche Opfertafeln an den bereits bestehenden Kriegerdenkmälern der beiden bisherigen Kriege seit 1870/71. Zahlreiche Konflikte, beispielsweise über die angemessene Erinnerung an Verfolgung und Widerstand, verdeutlichen allerdings die Grenzen dieser Art des Gedenkens.¹⁰

Erst nach der Wiedervereinigung und einer komplexen öffentlichen Debatte wurde 1993 in der Neuen Wache in Berlin eine zentrale staatliche Gedenkstätte eingerichtet. Seitdem wird am Volkstrauertag »dort der gefallenen Soldaten und Opfer der deutschen totalitären Systeme im 20. Jahrhundert gedacht«.¹¹ Hettling und Echternamp konstatieren, dass sich die eingangs definierten Felder Individualisierung, Ritualisierung sowie Monumentalisierung seit 1813 kontinuierlich als »Kernelemente des neuzeitlichen Totenkults über alle Epochen- und Systemwechsel hinweg erhalten [haben]«.¹²

Für Russland ist hingegen das Totengedenken erst für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg umfassender erforscht. In der Zarenzeit zeigten die Denkmale eine »den Staat und Herrscher verklärende« Bildsprache, die häufig Symbole der russisch-orthodoxen Kirche verwendete.¹³ Den zentralen Stellenwert in der sowjetischen Erinnerungskultur nach 1917 hatten bis 1941 jedoch die

Oktoberrevolution sowie der sich anschließende Bürgerkrieg (1918–1920). Die im Ersten Weltkrieg bis zu zwei Millionen gefallenen russischen Soldaten sowie die zahlreichen zivilen Opfer wurden hingegen für »den politischen Sieg im Bürgerkrieg statt [für, d. A.] die militärische Niederlage im Weltkrieg« öffentlich verschwiegen.¹⁴ Konsequenterweise wurden auch keine Denkmale zu Ehren der Gefallenen errichtet. Im privaten Raum erinnerte man sich jedoch dieses Krieges.¹⁵

Der Toten der Revolution (1917) und des Bürgerkrieges (1918–1920) – schätzungsweise waren es von 1917 bis 1920 neun bis zehn Millionen – wurde aber ebenso wenig individuell gedacht. Vielmehr wurden sichtbare Zeichen für den Sieg des Kommunismus gesetzt. Die neue »Kultstätte« wurde das Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau, in dem der Leichnam Lenins als Führer der Revolution erhalten und präsentiert wurde. Die sowjetische Bevölkerung sollte gleichsam durch »die öffentliche Ausstellung des einbalsamierten Leichnams auf Lenin«¹⁶ verpflichtet werden. Offensichtlich war diese Erinnerungskultur nicht auf Trauer und Gedenken, sondern allein auf die Zukunft ausgerichtet und zielte darauf, den Einzelnen in den Dienst der Revolution, also einer utopischen Zukunftserwartung zu stellen. Auch die gefallenen Rotarmisten sollten lediglich allen Lebenden zur Wegweisung in die Zukunft dienen.¹⁷

Damit wurden die Grundlagen der spezifischen Erinnerungskultur der Stalinära gelegt. Auch hier stellte sich die Frage, welche Formen der Totenehrung und Erinnerung an die zivilen Opfer und die Gefallenen der Roten Armee im »Großen Vaterländischen Krieg« vom Staat verordnet werden sollten. Neben dem durch Stalin diktieren und allein auf ihn ausgerichteten öffentlichen Gedenken bestand kaum Raum für private Trauer. Zunächst in provisorisch eingerichteten Massengräbern beigesetzt, gab es punktuell nach 1945 durchaus private oder lokale Versuche neben Denkmälern, die einen trauernden Soldaten oder eine trauernde Frau zeigten, Stelen oder Kenotaphe mit den Namen der Gefallenen zu errichten. Häufig wurden hierbei Orte gewählt, an denen bis zu ihrer Zerstörung unter Stalin Kirchen, Kapellen oder Friedhöfe bestanden hatten. Bis zu Stalins Tod im Jahr 1953 war eine offizielle Diskussion über Kriegsereignisse und -verluste jedoch verboten.¹⁸ Statt einer in Denkmälern manifestierten Trauer um alle Toten sollte in die Zukunft geschaut werden. Zur allgemeingültigen Leitlinie der Erinnerungspolitik der unmittelbaren Nach-

kriegszeit wurde das Erreichen einer besseren Zukunft durch kollektive Anstrengungen erklärt.¹⁹

In jenen Gebieten und Ländern, aus denen 1944/45 die Rote Armee die Wehrmacht und ihre Verbündeten zurückdrängen konnte, wurde bereits 1945 eine Reihe von Ehrenmalen errichtet, wie im Fortgang exemplarisch gezeigt wird. Darin offenbart sich das Bestreben, diese Länder unmittelbar nach ihrer Befreiung vom Nationalsozialismus in Besitz zu nehmen, wobei diese symbolische Inbesitznahme immer den Doppelcharakter von Befreiung und Besetzung besaß. Auch sollten dadurch die in der UdSSR erlittenen hohen Verluste und Zerstörungen kompensiert werden.

In der Sowjetunion kam es erst nach Stalins Tod 1953 unter dem Partei- und späteren Regierungschef Chruščëv (1953–1964) zu einer »Visualisierung des Kriegsgedenkens auf staatlicher Ebene«.²⁰ In der Ära Brežnev (1964–1982) verstärkte sich diese Visualisierung um ein Vielfaches. Ein entscheidender Hintergrund für diesen nunmehr stark auf die gefallenen Soldaten und Kriegsveteranen bezogenen Totenkult lag nicht zuletzt darin begründet, dass sowohl Chruščëv als auch Brežnev zur »Veteranenkohorte« der weit vor dem »Großen Vaterländischen Krieg« geborenen und sozialisierten Soldaten gehörten, die nach Kriegsende in bekannte Strukturen zurückkehren konnten und im Laufe der Jahre einen »Bedeutungszuwachs« für ihre Kriegserlebnisse forderten.²¹ Dieser Bedeutungszuwachs ging nicht nur mit materiellen Vergünstigungen und der Erhebung des 9. Mai zum arbeitsfreien Tag (1965) einher,²² sondern äußerte sich vor allem in der Errichtung des Grabmals des unbekannten Soldaten an der Moskauer Kremlmauer (1966) sowie monumentalier Denkmalensembles.²³

Der am 9. Mai 1960 in Leningrad eingeweihte Piskarevskoe-Gedenkfriedhof ist der erste Denkmalkomplex, der diese Besinnung auf den »Großen Vaterländischen Krieg« sinnbildlich darstellt und nunmehr auch das Sterben der sowjetischen Zivilbevölkerung offiziell zeigt. Im Zentrum des Friedhofes, auf dem 470 000 militärische und zivile Opfer der Leningrader Blockade begraben sind, stehen die Figur der »Mutter Heimat« sowie vis à vis die Ewige Flamme. Die Namen der Verstorbenen und Gefallenen werden jedoch nicht explizit genannt. Die Toten sind hier nach Todesjahr in Massengräbern bestattet.²⁴

Bereits 1951 hatte einer der verantwortlichen Bildhauer des Ehrenmals in Berlin-Treptow, Vučetić, erste Vorschläge für ein Ehrenmal in Stalingrad vorgelegt. Aufgrund der bereits erwähnten politischen Verände-

rungen – die Anlage war für »Brežnev kein Lieblingskind, weil er im Gegensatz zu Chruščëv nicht in Stalingrad gekämpft hatte«²⁵ – konnte die Denkmalsanlage auf dem Mamajev-Kurgan in der in Volgograd umbenannten Stadt aber erst 1967 eingeweiht werden.²⁶ Der Komplex ist aufgrund seiner Höhenlage und der Größe der Figuren – die zentrale Figur der »Mutter Heimat« misst 85 Meter und steht auf einem als Kurgan zu kennzeichnenden Erdhügel – um ein Vielfaches wuchtiger und monumentalier als die bis dahin größte Anlage dieser Art in Berlin-Treptow.²⁷ Die Toten – bestattet sind hier etwa 35 000 Gefallene der Roten Armee, also nur ein geringer Teil der mindestens 500 000 getöteten sowjetischen Soldaten der Schlacht – sind im Kurgan beigesetzt. Einzelne »Helden der Sowjetunion« werden auch namentlich genannt, doch entscheidend war das »Heldentum« der Massen, das den »Triumph des Kommunismus über den Kapitalismus« ermöglicht habe. Zwangsläufig wurden dadurch alle Gefallenen für den Kampf des Kommunismus vereinnahmt.²⁸

In den 1970er Jahren tauchte eine neue Sinnbesetzung des skulpturalen Denkmaltypus auf. Die Stahlwerke der Planstadt Magnitogorsk, die aufgrund der enormen Eisenerzvorkommen ab 1929 innerhalb weniger Jahre jenseits des Ural errichtet worden war, lieferten während des »Großen Vaterländischen Krieges« »fast die Hälfte des Materials für sowjetische Waffen«.²⁹ Hier entstand vermutlich 1979 ein Denkmal, das einen Stahlarbeiter zeigt, der mit erhobenen Armen ein überdimensionales Schwert an einen Soldaten der Roten Armee übergibt. Das Denkmal misst in der Höhe etwa 15 Meter.³⁰ Makhotina beschreibt es – gemeinsam mit den Anlagen in Treptow (1949) und Volgograd (1967) – als Teil einer »Denkmaltriologie«. Das Schwert stelle hier das sinnstiftende Symbol dar: In Magnitogorsk geschmiedet (»Vom Hinterland – für die Front«), in der Schlacht von Stalingrad den Feind erstmals erfolgreich geschlagen (»Mutter Heimat ruft«) und im besiegtene »Hitlerdeutschland« gesenkt, weil der Feind besiegt und zugleich befreit wurde (»Befreiungssoldat«).³¹ Es ist bemerkenswert, dass die Chronologie der Denkmalserrichtung in genau umgekehrtem Verhältnis zu den erinnerten Ereignissen des Krieges steht, der in Berlin kurz nach dem Krieg erprobte Denkmalstyp also annähernd zwei Jahrzehnte später in die Sowjetunion gewissermaßen zurückkehrt.

Den Hintergrund dieser Entwicklungen stellen Bemühungen dar, mit diesem »neuen« Denkmalstyp den

Sieg des »Großen Vaterländischen Krieges« auch an die nunmehr größtenteils nach 1945 geborene Bevölkerung als sinnstiftende Erfahrung zu vermitteln. Diese Sinnstiftung fokussierte nicht mehr allein auf soldatische Opferbereitschaft und militärischen Sieg, sondern bezog etwa auch die »Helden« jenseits der Front, etwa in der wichtigen Rüstungsindustrie, ein. So entstand 1978 in Nižnevartovsk in West-Sibirien, das am Rande des größten Ölfeldes der Sowjetunion Samotlor liegt, ein zwölf Meter hohes, in Bronze gegossenes Denkmal eines Bergbauarbeiters.³² Dieser trägt einen überdimensionalen Hammer auf der Schulter und eine Schale mit dem ewigen Feuer in der anderen weit nach oben gereckten Hand. Die Inschrift »Eroberer von Samotlor« nimmt keinen direkten Bezug auf den Weltkrieg. Vielmehr parallelisiert die Inschrift die Anstrengungen der Erschließung des kriegswichtigen Rohstoffes Öl mit dem aktiven Kriegsdienst und holt damit das Heldentum gewissermaßen in die Gegenwart. Der Sieg des »Großen Vaterländischen Krieges« wird mit den Denkmälern in Magnitogorsk und Nižnevartovsk in den späten 1960er und 1970er Jahren unübersehbar an die Orte und Symbole (Öl, Schwerindustrie) der wirtschaftlichen Größe der Sowjetunion gekoppelt. Dadurch wird, ausgehend von Sieg und Heldentum der Roten Armee, die Sinnstiftung in der Gegenwart auf eine breitere Basis gestellt, da die Nachkriegsgenerationen und gegenwärtige Attribute (v. a. wirtschaftliche Prosperität) eingebunden werden.

Diese wirkmächtige Konstruktion, »die dem Nachweis der Überlegenheit des Sozialismus« diente und eingebettet wurde in eine Siegesikonografie, die den Mythos des »Heiligen Krieges« pflegte,³³ endete Ende der 1980er Jahre. Im Zuge der Perestroika wurde erstmals jener Preis diskutiert, den die sowjetische Gesellschaft für den Zweiten Weltkrieg zahlen musste. Neben der säkularen sowjetischen Gedenkkultur begann eine russische zu existieren, deren Erinnerungszeichen der orthodoxen Kirche zuzuordnen sind.³⁴ Zudem wurden in den 1980er Jahren bereits bestehende Denkmalsanlagen durch religiöse Komponenten ergänzt oder ersetzt. Die Bezugspunkte »Heimat und Patriotismus« blieben aber weiterhin von Bedeutung für die Denkmalsgestaltung.³⁵

Exemplarisch für eine bis in die Gegenwart anhaltende Erweiterung und Bedeutungsverschiebung bestehender Anlagen steht das Ehrenmal in Snegiri, einer kleinen Ortschaft in der Nähe von Moskau. 1966 errichtet, zeigt es einen Soldaten mit abgenommenem Helm, der in die Ferne schaut, während die neben ihm stehenden

der Einweihung des Denkmals am 12. August 1945 auf dem zentralen Hauptplatz war der Ort bereits von der britischen Besatzungsmacht übernommen worden. Zur Umlegung des Denkmals auf einen anderen Platz des Ortes kam es jedoch erst 1958 nach langen Verhandlungen mit dem sowjetischen Botschafter in Österreich. Nach 1990 kam es zu Diskussionen über den Umgang mit dem Denkmal, die jedoch ohne Folgen blieben.⁸⁵ Es befindet sich nunmehr auf der Liste der denkmalgeschützten Objekte in Bad Radkersburg.

Naturgemäß existieren in Österreich auch Grabanlagen und Friedhöfe für die gefallenen Soldaten der Roten Armee, vor allem in den ehemals sowjetisch besetzten Gebieten.⁸⁶ Jedoch sind diese Gräber nur auf dem Wiener Zentralfriedhof mit eigentlichen Denkmalsanlagen versehen (zwei große steinerne Soldatenfiguren der Roten Armee, die ihre Helme abgenommen und die Fahne gesenkt haben).⁸⁷

1996 wurde in der Umgebung von Volgograd auf Initiative eines österreichischen Personenkomitees, in dem einige Mitglieder rechtsradikale Gedanken offen äußerten, ein »Denkmal für die Opfer der Schlacht von Stalingrad«⁸⁸ errichtet, das aus zwei ineinander geschachtelten, zehn Meter hohen Dreiecken aus rostendem Eisen besteht. Die Erbauung wurde in Österreich und Volgograd kontrovers diskutiert, nicht zuletzt auch, weil das aus österreichischen Bundesmitteln finanzierte Projekt eben von prominenten Rechtspopulisten unterstützt wurde.⁸⁹ Zudem richtete sich die Kritik gegen die Sinngebung des Versöhnungsdenkmales, gegen die »undifferenzierte und unreflektierte Sichtweise der damaligen Ereignisse« von Stalingrad.⁹⁰

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR existieren neben den sowjetischen Ehrenmalen in Berlin-Treptow weitere größere Anlagen u. a. in Berlin-Schönholzer Heide sowie auf den Seelower Höhen nördlich von Frankfurt/Oder.⁹¹ Das sowjetische Ehrenmal in der Schönholzer Heide gehört zu einem Soldatenfriedhof, auf dem zwischen 11 000 und 13 200 sowjetische Soldaten bestattet wurden. Eingeweiht wurde der Friedhof am 7. November 1947. Über die Einweihungsfeier gab es keine Berichte in der Presse der SBZ. Auch wurde aufgrund der ungünstigen Verkehrsanbindung sowie der unmittelbaren Nähe zur Berliner Mauer der Gedenkfriedhof in der Schönholzer Heide kaum für Gedenkzeremonien durch den SED-Staat genutzt. Zentrale Figuren der Anlage sind ein Obelisk sowie die Figur der »Mutter Heimat«, die um den vor ihr liegenden gefallenen Sohn trauert. Nur wenige

der hier Bestatteten konnten noch namentlich genannt werden. Das ungewöhnliche an diesem Ehrenfriedhof ist eine Gedenktafel, die dezidiert an die »Soldaten der Sowjetarmee, die in faschistischen Lagern zu Tode gequält wurden« erinnert. Damit wird hier der Opfergruppe der Kriegsgefangenen gedacht, die bis 1995 in Russland unberechtigterweise als »Deserteure« galten und vollständig ausgegrenzt wurde.⁹²

An den Seelower Höhen, einem Höhenzug im Oderbruch, fand von Februar bis April 1945 eine der letzten großen Schlachten des Zweiten Weltkrieges statt.⁹³ Rund 70 Kilometer vor Berlin gelegen, galten die Seelower Höhen als »Schlüssel für Berlin« und wurden dementsprechend von den deutschen Truppen zäh verteidigt. Bei dieser Schlacht starben vermutlich mehr als 33 000 bis 35 000 Soldaten der Roten Armee.⁹⁴ Am 27. November 1945 wurde das Denkmal der sowjetischen Bildhauer Lev Kerbel und Vladimir Cigal – die auch das Ehrenmal in Tiergarten schufen – eingeweiht. Es zeigt einen »sehr jungen Soldaten mit den Augen eines alten Mannes«, der auf einem Stein Hügel über den Gräbern der gefallenen Rotarmisten steht.⁹⁵ In einer Hand hält er das Maschinengewehr vor der Brust, mit der anderen stützt er sich vermutlich auf Teile eines deutschen Panzers bzw. drückt diesen nieder. In der DDR galt die Schlacht um die Seelower Höhen als ein häufig erinnertes Ereignis im Rahmen der »Befreiung vom Hitlerfaschismus« und damit als ein sinnstiftendes Element für das eigene sozialistische Staatsverständnis.⁹⁶ Im Dezember 1972, anlässlich des 50. Jahrestages zur Gründung der Sowjetunion, wurde auf den Seelower Höhen eine Gedenkstätte eingeweiht, die bis zur »Friedlichen Revolution« 1989 in ihrem Museum ausschließlich die sowjetische Perspektive der Ereignisse um die Schlacht thematisierte.⁹⁷

Gerade in Brandenburg, in der eine Vielzahl der Kämpfe zwischen deutschen und sowjetischen Truppen stattfanden, finden sich die meisten Ehrenmale auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Der Umgang mit ihnen nach 1989 variiert sehr stark.⁹⁸ So schließt das sowjetische Ehrenmal auf dem Anger in Frankfurt/Oder an eine ältere Anlage an. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte hier ein Denkmal für die Gefallenen gestanden, das von den Bildhauern Georg und Wilhelm Fürstenberg geschaffen worden war. Die Brüder beteiligten sich dann 1945 ebenso wie der deutsche Architekt Theodor Peißig an dem Entwurf und der Erschaffung des sowjetischen Ehrenmals, das am 7. November 1947 eingeweiht wurde. Es zeigt einen Soldaten, der vor einem Obelisk mit So-

wjetstern steht. Der Soldat verharrt – im Gegensatz zu den Figuren anderer Ehrenmale – mit abweisendem Gesichtsausdruck in einer Wachpose, das Maschinengewehr vor der Brust. Wenn die Anlage 1975 auch verändert wurde, so steht sie noch heute an ihrem Platz.⁹⁹

Auch das »Ehrenmal für die gefallenen Soldaten der 5. Gardearmee« in Dresden auf dem Albertplatz, 1945 in Platz der Roten Armee und 1946 bis 1990 in Platz der Einheit umbenannt, wurde von einem deutschen Bildhauer, Otto Rost (1887–1970), geschaffen und bereits im November 1945 eingeweiht.¹⁰⁰ Es zeigt auf einem dreifach gestuften Sockel aus Granit eine Gruppe von zwei Soldaten. Der vordere Soldat hält die Sowjetfahne, während der andere Soldat hinter ihm kniet und ein Maschinengewehr im Anschlag hält. Auf den Sockeln werden Reliefs mit militärischen Szenen sowie die bekannten militärischen und politischen Symbole (u. a. Lorbeer, Sowjetstern, Schwert, Gewehr, Hammer, Sichel) gezeigt. 1994 wurde dieses Denkmal innerhalb Dresdens in die Parkanlagen vor dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr versetzt. Bis heute ist am ursprünglichen Standort am Albertplatz eine zweisprachige Tafel zum Gedenken an die Aufstellung des Denkmals angebracht.¹⁰¹

Dagegen kam es im mecklenburgischen Neustrelitz Mitte der 1990er Jahre zur vermutlich einzigen Denkmalsmontage eines sowjetischen Ehrenmals in der ehemaligen DDR. Nach Verhandlungen zwischen dem Neustrelitzer Bürgermeister, dem Innenministerium sowie der russischen Seite wurde am 22. Mai 1995 die Figur des Soldaten, die auf dem zentralen Marktplatz gestanden hatte, abmontiert und eingelagert. Auf Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten war sie im Juni 1945 zunächst aus Holz hergestellt und am 18. November 1945 enthüllt worden. Nach einem starken Sturm im Dezember 1949 stürzte die Figur herab und wurde 1954 durch eine Statue aus Eisenguss und Lackfarbe ersetzt. Geschaffen wurden beide Figuren ausschließlich durch deutsche Künstler und Architekten. Vermutlich erfolgte die Aufstellung in Neustrelitz, weil hier bis 1993 in einer der größten Garnisonen 25 000 Soldaten der GSSD stationiert waren.¹⁰² Weitere Denkmale mit skulpturalen Darstellungen befinden sich in Brandenburg a. d. Havel, Lübben, Müncheberg und Fürstenwalde.¹⁰³

Anhand der geschilderten deutschen und österreichischen Beispiele müssen beide Länder außerhalb der hier beschriebenen Kategorien verortet werden. Deutschland und Österreich sind im Umgang mit den

dezidiert sowjetischen Denkmalsorten – im Gegensatz zu den von Stefan Troebst in Kategorie I als beispielhaft genannten baltischen Staaten, die den Kommunismus als oktroyiert und fremd ablehnen und dementsprechend die Denkmalsrelikte sowjetischer Herrschaft größtenteils zu tilgen bzw. umzubetten versuchen – zwingenden vertraglichen Verpflichtungen unterworfen.¹⁰⁴ Dazu zählen für den deutschen Raum der »2+4-Vertrag«, der »Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« sowie das »Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge in der Bundesrepublik Deutschland und in der Russischen Föderation«. Im Falle Österreichs regelt seit 1955 der Staatsvertrag den Umgang mit den sowjetischen Denkmälern.

3.4 Beschreibung der Anlagen und Interpretation ihrer Symbolik

Bereits in der Einleitung dieser Untersuchung wurde auf die unterschiedliche Forschungslage und die vielfältigen Forschungsdesiderata im Hinblick auf die Ehrenmale in Berlin und Wien hingewiesen. So wurde speziell die kunsthistorische Einordnung der drei Anlagen bislang in einem sehr unterschiedlichen Umfang vorgenommen.

Im Falle der Anlage in Wien spiegelt sich der geringe Stellenwert der Anlage im öffentlichen Bewusstsein in besonderer Weise auch in der Aufmerksamkeit der Forschung wider. Diese hat sich erst 60 Jahre nach der Einweihung des Denkmals überhaupt der Anlage zugewandt, wobei der Fokus nicht auf einer kunsthistorischen Einordnung liegt. Zumeist sind es Beiträge zur Erbauung und Einweihung der Anlage und ferner eher essayistische Reflexionen über diesen Ort aus verschiedenen Perspektiven.¹⁰⁵ Daneben existieren zum Ehrenmal am Schwarzenbergplatz Einträge in verschiedenen kunsthistorischen Lexika, die sich jedoch im Wesentlichen auf die Beschreibung der Anlage beschränken.¹⁰⁶ Auf eine vergleichende ikonografische Einordnung wird dabei in aller Regel verzichtet, oder sie erfolgt ausschließlich pejorativ.¹⁰⁷ Regelmäßig widmen sich dagegen kunsthistorische Reiseführer diesem »Paradebeispiel für so-



Abb. 1 Blick von der Ringstraße auf den Schwarzenbergplatz mit Schwarzenberg-Denkmal, Hochstrahlbrunnen und Ehrenmal.

zialistischen Realismus, der allmählich zur kunstgeschichtlichen Rarität wird.¹⁰⁸

Für das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Tiergarten gestaltet sich die Forschungslage durchaus vielfältiger, jedoch sind auch hier Desiderate hinsichtlich der kunsthistorischen Einordnung zu verzeichnen.¹⁰⁹ In einer 1975 erschienenen Publikation des für die Pflege aller Berliner Ehrenmale verantwortlichen Betriebes VEB Stadtgrün findet sich eine vergleichsweise knappe Beschreibung des im westlichen Teil der Stadt gelegenen Denkmals.¹¹⁰ Eine 1987 erschienene umfangreiche Darstellung der Erbauung und Nutzung des Ehrenmals blendet die ikonografische Einordnung vollkommen aus.¹¹¹ Erst über 60 Jahre nach Erbauung des Denkmals erschien eine Publikation über die sowjetischen Ehrenmale in Berlin, die auch ausführlicher auf verschiedene Aspekte der Denkmalsbeschreibung eingehet.¹¹²

Aufgrund des zentralen Stellenwerts des Ehrenmals in Berlin-Treptow für die Geschichtspolitik der DDR wurde dieser Anlage auch eine ungleich größere Aufmerksamkeit in sowohl öffentlichkeitswirksamen als auch wissenschaftlichen Abhandlungen zuteil. Dabei ist auf-

fällig, dass sich entsprechende Publikationen der Jahre 1950 bis 1989 immer der gleichen Quellen bedienen und sich zudem in Stil und Aussage kaum voneinander unterscheiden.¹¹³ Dabei wird die Nutzung und der Erhalt des Ehrenmals als ein politisches Symbol betrachtet, als »eine ewige Mahnung an das Gewissen der Menschheit«.¹¹⁴ In der Zeit nach 1990 findet sich nur selten eine – verglichen mit der Anzahl der publizierten Texte über das Ehrenmal – kritisch reflektierende Interpretation der Baugeschichte und der verschiedenen Symbolelementen der Anlage. Auffallend ist ebenfalls, dass weder vor noch nach 1989 ein wissenschaftlich basierter kunsthistorischer Führer über die Anlage erarbeitet wurde.¹¹⁵ So wird im Folgenden erstmals der Versuch unternommen, die sowjetischen Ehrenmale vergleichend vorzustellen.

3.4.1 Wien (Schwarzenbergplatz)

Das Zentrum Wiens ist von der Ringstraße als zentrale Repräsentationsachse des 19. Jahrhunderts umgeben. Hier erstreckt sich im südlichen Teil zwischen dem Kärtner Ring und dem Schubertring stadtauswärts der Schwarzenbergplatz.¹¹⁶ Der rund 450 Meter lang gezogene¹¹⁷ und durch die Lothringer Straße sowie durch Straßenbahnschienen dreifach geteilte und damit unruhige Platz bietet dem Betrachter zunächst den Blick auf das Reiterdenkmal des Namensgebers, des Fürsten Karl Philipp zu Schwarzenberg (1771–1820). Dahinter eröffnete sich ursprünglich der Blick auf die Gartenfassade des Palais Schwarzenberg, der Wiener Stadtresidenz des Fürstenhauses. Heute wird diese direkte Sichtachse durch den Hochstrahlbrunnen sowie das Ehrenmal der Roten Armee verdeckt (Abb. 1, 2).¹¹⁸

Die Denkmalsanlage offenbart sich dem Betrachter erst vollständig, wenn er neben dem Hochstrahlbrunnen steht. Die 26 halbrunden Kolonnadensäulen mit ihren ungefähr acht Metern Höhe bilden hierbei eine Art Einrahmung der Anlage (Abb. 3).¹¹⁹ Linksseitig ist am Abschluss der Kolonnade eine Marmortafel angebracht, auf der – in Goldbuchstaben – die sowjetischen Baumeister und Bildhauer des Befreiungsdenkmales mit ihrem militärischen Rang festgehalten sind: der Architekt S. G. Jakovlev, der Bildhauer M. A. Intisarjan sowie der Bauleiter M. S. Schejnfeld (Abb. 4).

Auf dem Architrav des Kolonnadenbogens ist in vergoldeten kyrillischen Lettern zu lesen: »Ewiger Ruhm den Helden der Roten Armee, gefallen im Kampf gegen die deutsch-faschistischen Landräuber für die Freiheit



▲ Abb. 2 Das Denkmal, verdeckt vom Hochstrahlbrunnen



▼ Abb. 3 Das russische Befreiungsdenkmal



Abb. 4 Marmortafel mit den Namen der sowjetischen Erbauer

und Unabhängigkeit der Völker Europas.¹²⁰ Ihren Abschluss finden die Kolonnaden an jeder Seite mit einem Paar kämpfender sowjetischer Soldaten. An der linken Kolonnadenseite ist unterhalb des Soldatenpaares in vergoldeten kyrillischen Buchstaben »August 1945« zu lesen. An der rechten Kolonnadenseite steht an der gleichen Stelle »Errichtet für das sowjetische Militär der 4. Garde-Armee« (Abb. 5, 6).

Das Soldatenpaar auf dem linken Kolonnadenabschluss zeigt zwei entschlossen in die Ferne blickende Soldaten, die sich offenbar auf einen Angriff vorbereiten. Hinter sich ziehen sie vermutlich ein Infanterie-

oder Feldgeschütz. Beide tragen Helme. Während einer der Soldaten die Armeeuniform trägt, hat der andere Soldat einen Mantel umgehängt und trägt ein Gewehr auf dem Rücken. In seiner rechten Hand hält er vermutlich einen Kanister. Das Soldatenpaar auf dem rechten Kolonnadenabschluss befindet sich offenbar im Kampf. Beide Soldaten tragen Umhänge und Helme. Während der hintere Soldat das Gewehr sinken lässt, deutet auch sein Gesichtsausdruck darauf hin, dass er verwundet wurde. Der vordere Soldat mit einem Maschinengewehr blickt dagegen zum Kampf entschlossen nach vorne. An seiner Brust trägt er eine Medaille, vermutlich jene, die für »Die Einnahme Wiens« allen überlebenden Soldaten der Roten Armee sowie der militärischen Führung, die am Kampf um die Stadt beteiligt waren, verliehen wurde (Abb. 7–10).¹²¹

Von den Kolonnadenabschlüssen führen drei Trepstenstufen vom Schwarzenbergplatz aus in die Anlage hinein. Aufgrund einer an niedrigen Pfeilern befestigten Eisenkette direkt vor der Anlage ist diese ausschließlich von den Kolonnadenabschlüssen aus zu betreten. Neben dem Hauptmonument, das in der Mitte der Anlage steht, findet sich zunächst eine funktionale Gestaltung des Innenraumes. Vor den halbrund angeordneten Kolonnadensäulen, die durch zwei Treppenstufen erhöht sind, befindet sich ein halbrund-symmetrisch verlaufender Kiesweg. Von diesem gehen ebenfalls symmetrisch drei Kieswege zum Hauptmonument. Geteilt



Abb. 5, 6 Der linke und der rechte Kolonnadenabschluss



Abb. 7, 8 Das Soldatenpaar auf der linken Kolonnadenseite



Abb. 9, 10 Das Soldatenpaar auf der rechten Kolonnadenseite



Abb. 11, 12 Blick auf die Kolonnadensäulen sowie die bepflanzten Grünflächen





Abb. 38–40 Die Figur des Rotarmisten

tet. Diese Blickbeziehung unterstreicht auch die ausgestreckte Hand (Abb. 38–40).

An den Pfeilern der Kolonnade sind die vergoldeten Abzeichen der Waffengattungen der Roten Armee angebracht (Abb. 41–46). Unter den jeweiligen Abzeichen ist in vergoldeten russischen Buchstaben zu lesen: »Ewiger Ruhm den Helden – [hier wird die jeweilige Waffengattung genannt, d. A.] der Roten Armee gefallen im Sturm auf die Stadt Berlin« sowie die Namen von insgesamt 182 Offizieren und Soldaten, die auf dem Gelände des Ehrenmals bestattet sind.¹⁵⁵

Um das zentrale Postament des Kolonnadenbogens sind sechs steinerne Urnen mit Goldverzierungen plat-

ziert – zwei direkt vor dem Postament mit dem Rotarmisten, zwei sind jeweils im linken und rechten Durchgang in das Hauptpostament eingelassen, und zwei befinden sich an der Rückseite des Postamentes parallel zu abwärts führenden Treppenstufen (Abb. 47–49). Ebenso sieht man an der Rückseite der Kolonnade, dass sich im Hauptpostament ein leerer Raum befindet, der durch eine Gittertür abgesperrt ist.

Über die Treppenstufen gelangt man in den hinteren Teil der Anlage, welcher von der Straße des 17. Juni aus nicht einsehbar ist. Der Blick wird nun freigegeben auf das ehemalige Wachhaus der sowjetischen Soldaten (Abb. 50, 51). Es ist in U-Form gebaut und ebenso mit vor-



Abb. 41–46 Abzeichen der Waffengattungen (von links oben nach rechts unten): Panzertruppen, Infanterie, Luftstreitkräfte, Nachrichten/Funk, Raketenabwehr, Baupioniere

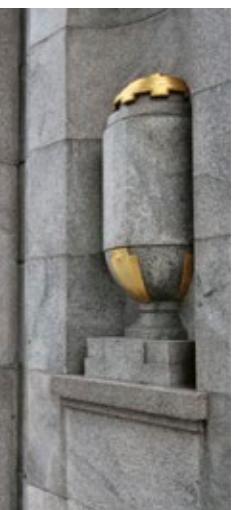
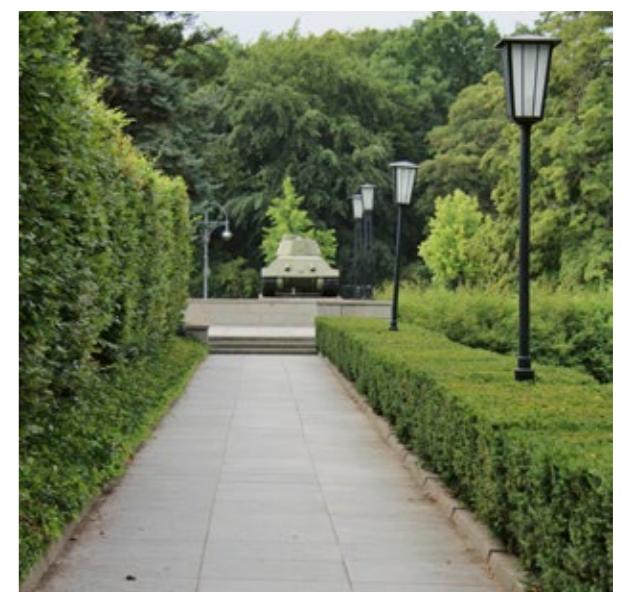
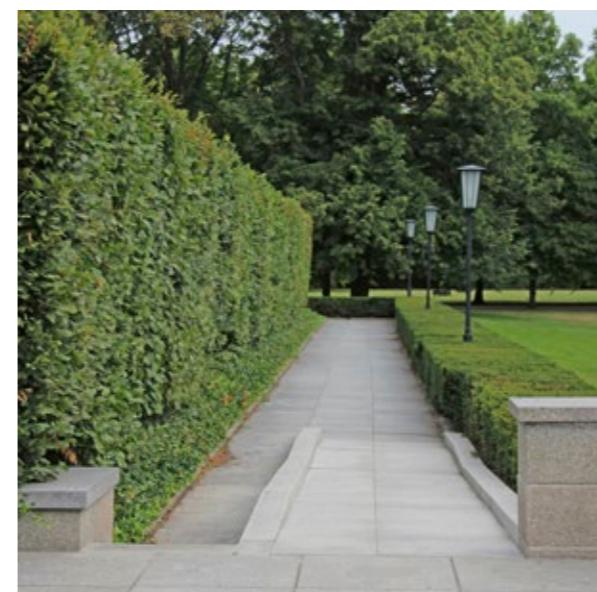


Abb. 47–49 Hauptturm und Urnen der Anlage von der Parkseite aus gesehen sowie eine der in das Hauptpostament eingelassenen Urnen

**Abb. 50** Das ehemalige Wachhaus**Abb. 51** Blick von Norden auf Wachhaus und Soldatenfigur

rechte Seite: **Abb. 54–56** Übergang hinter der Kolonnade zu den Rasenflächen sowie seitliche Abgrenzungen der Hauptanlage

Abb. 52, 53 Der Weg zur westseitig gelegenen Wasserfontäne**Abb. 57, 58** Vermutliche Grabstellen der sowjetischen Soldaten

4

Das sowjetische Ehrenmal in Wien (Schwarzenbergplatz)

4.1 Wien 1945 bis 1955: Ein sowjetisches Ehrenmal zwischen Befreiung, Niederlage und Besatzung¹

Die Kämpfe um Wien wurden am 13. April 1945 beendet.² Unter der Führung von Marschall Fëdor Ivanovič Tolbuchtin hatte vor allem die 3. Truppe der Ukrainischen Front die österreichische Hauptstadt erobert. Rund 18 000 russische Soldaten sollen bei den Kämpfen um Wien gefallen sein.³

In Moskau ließ Stalin noch am Abend des 13. April 1945 24 Salven Salut aus 324 Geschützen schießen und feierte die Eroberung der nunmehr sechsten von der Wehrmacht befreiten Hauptstadt mit einem Feuerwerk.⁴ Die Wiener erlebten diesen Tag dagegen äußerst ambivalent zwischen »Befreiung – Niederlage – Besetzung«.⁵ Als »Tag der Befreiung« wurde dieser 13. April 1945 selbst in den offiziell zugelassenen Zeitungen zunächst nicht bezeichnet. So wird knapp sieben Monate später, anlässlich des »Jahrestages der Oktoberrevolution« im November 1946, die Beziehung Österreichs zur Sowjetunion ausschließlich unter der Konnotation der Besetzung betrachtet: »Es ist oft sehr schwer, klarzumachen, daß wir der Sowjetunion in Treue und Freundschaft verbunden sind, obwohl wir ihre militärische Besetzung – wie die jeder anderen Macht – als Last empfinden und in ihre politischen, wirtschaftlichen und strategischen Großmachtinteressen so wenig hineingezogen werden wollen wie in die irgendeines anderen Staates.«⁶

Doch wie sah es in diesem »besetzten« Wien im April 1945 aus? Die Stadt war zu 13 Prozent zerstört.⁷ Die Wiener Wahrzeichen Stephansdom, Burgtheater und die Oper waren ganz ausgebrannt, das Parlament, die Alber-tina sowie die Universität von Bomben teilweise zerstört. Über 86 000 Wohnungen waren unbewohnbar. Die gesundheitliche Versorgung der Einwohner war desolat. Tausende unbestattete Tote sowie Müll- und Schuttberge lagen auf den Straßen, die Wasser- und Stromversor-gung war größtenteils unterbrochen, und es gab keine geregelte Lebensmittelversorgung.⁸

Ebenso wie die logistische Versorgung der Stadt lag die Verwaltung Wiens brach. Eine zentrale Stadtverwaltung existierte nicht, jeder Bezirk sollte mit eigenem militärischem Ortskommandanten, Bürgermeister sowie selbstständiger Polizei arbeiten. Durch die Dezentralisie-rung der Verwaltung stieg auch die Kriminalität stark an.⁹ Der erste Bürgermeister Wiens, Theodor Körner (SPÖ),¹⁰ wurde am 17. April 1945 durch den sowjetischen Stadtkommandanten Aleksej Blagodatov eingesetzt. We-

nige Tage nach einem ersten Kontrollabkommen zwischen den Alliierten wurde mit dem »Abkommen betreffend die Besatzungszonen und die Verwaltung der Stadt Wien« vom 9. Juli 1945 die Verfassung der Stadt Wien von 1931 wieder in Kraft gesetzt. Die Stadtverwaltung konnte wieder zentralisiert arbeiten. Im Juni 1945 nahm die Polizeidirektion Wien ihren Dienst wieder auf.¹¹

Wie bereits erwähnt, war Wien – im Gegensatz zu ganz Österreich – zu diesem Zeitpunkt ausschließlich sowjetisch besetzt. Der erste offen zu Tage tretende Konflikt der Alliierten – die Briten weigerten sich, ihre Besatzungszone aufgrund von Uneinigkeiten über mögliche Versorgungswege für ihre Zone zu übernehmen – konnte erst im September 1945 gelöst werden.¹² Vier Stadt-kommandanten leiteten fortan die Verwaltung der Stadt, deren Bezirke zwischen den Alliierten aufgeteilt waren. Nur die Innenstadt Wiens, der 1. Bezirk, war eine Inter-alliierte Zone, in der die Stadtkommandanten im vier-wöchigen Wechsel die Führung übernahmen. De facto bis Mai 1955, bis zum Abschluss des Staatsvertrages, war dann auch die »Wiener Interalliierte Kommandantur« die »eigentliche Regierungsbehörde [...], der alle Gesetze und Verordnungen der Wiener Stadtregierung zur Zu-stimmung zu unterbreiten waren«.¹³

Erst im Juni 1946 – mit einem Zweiten Kontroll-abkommen zwischen den Alliierten – wurde der Wiener Bevölkerung der Reiseverkehr zwischen den in Zonen aufgeteilten Wiener Stadtbezirken erlaubt. Freilich ge-staltete sich der Übergang an den sowjetischen Zonen-grenzen am schwierigsten.¹⁴ Zudem mussten die Einwohner der sowjetisch besetzten Zonen miterleben, wie deut-sche Vermögenswerte – gewissermaßen als Reparations-leistungen – an die Sowjetunion ausgeliefert oder zer-stört wurden. Amerikaner, Briten und Franzosen gaben dagegen deutsches Eigentum größtenteils an Österreich zurück.¹⁵ Die Problematik, wie mit deutschem Eigentum auf österreichischem Gebiet umzugehen sei, war letztlich auch ein entscheidender Faktor, der die Verhandlungen zum Staatsvertrag beeinflusste und verzögerte.¹⁶

In der sowjetischen Zone waren willkürliche Ver-haftungen von Wiener und Wienerinnen sowie ihre Ver-schleppungen in die Sowjetunion noch 1948 eine durch-aus gängige Praxis.¹⁷ Aufgrund der zahlreichen Verge-waltigungen herrschte vor allem unter Mädchen und Frauen große Angst vor den sowjetischen Besatzungs-soldaten. Genaue Zahlen können naturgemäß nicht ge-nannt werden, jedoch gehörten durch sowjetische Be-satzungssoldaten verübte Vergewaltigungen oder an-dere Straftaten, wie Raub oder Mord, bis 1955 zum Alltag in diesen Zonen.¹⁸ Wie groß die Angst vor den sowjeti-schen Besatzern gewesen sein muss, zeigt auch eine Niederschrift des ersten sowjetischen Wiener Stadt-

kommandanten Aleksej Blagodatov. Ein anonymer Brief eines Wiener Einwohners, der Blagodatov im Rahmen der Sitzung der alliierten Stadtcommandanten vom amerikanischen Stadtcommandanten übergeben worden war, beinhaltet die Bitte an die amerikanischen Besatzer, die Wiener »vor der Gewalt und Willkür der Russen zu schützen«. Bei einem unmittelbar folgenden Besuch in diesem Bezirk wurde der dortige Bürgermeister durch Blagodatov bezüglich der Vorwürfe befragt und zugleich gebeten, seine Aussage mit Brief und Siegel zu bestätigen. Naturgemäß verneinte der Bürgermeister die Vorwürfe, was dann auch den alliierten Stadtcommandanten so vorgetragen wurde.¹⁹

Ganz anders muten dagegen Niederschriften des vielfach zitierten österreichischen Diplomaten Josef Schöner an. Im August 1945 – nach der Einteilung Wiens in alliierte Zonen – beklagt er: »Die Russen plündern und schleppen aus den Bezirken, deren Verwaltung sie aufgeben werden, alles weg, was sie nur können.«²⁰

Wie distanziert sich die Führung der Roten Armee selbst gegenüber der Regierung Karl Renner zeigte, berichtet Schöner ebenso in seinem Tagebuch. Er wird am 14. Juni 1945 – knapp einen Monat nach der Befreiung Wiens – beauftragt, »für den Kanzler den Vornamen Marschall Tolbuchins« – unter dessen Führung Wien eingenommen wurde – in Erfahrung zu bringen. Nach über einstündigen Telefonaten und dem Befragen aller in Frage kommenden Referate und Stellen resümiert Schöner, dass es – »bezeichnend für das allbekannte Misstrauen der Russen« – fast unmöglich sei, den Vornamen des Marschalls festzustellen.²¹

Ein weiterer entscheidender Umstand, der die Wiener Bevölkerung monate- bzw. jahrelang belastete, war die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Die Rote Armee wurde dabei sowohl als Garant von Lebensmittellieferungen wahrgenommen als auch für Plünderungen verantwortlich gemacht.²² Die sogenannte »Erbsenspende«, die zum 1. Mai 1945 auf Stalins Befehl durch die Rote Armee ausgegeben wurde, bestand u. a. aus tausenden Tonnen Getreide, Mehl, Zucker, Fleisch und Erbsen.²³ Naturgemäß reichten sie zur Versorgung der Wiener Bevölkerung nicht aus, weshalb zum 1. Juni 1945 aus weiteren Reserven der Roten Armee Spenden auf Kredit ausgegeben werden sollten, die Österreich später mit Waren tilgen musste. Diese Reserven bestanden jedoch zu einem erheblichen Teil aus bei Plünderungen erbeuteten Lebensmitteln sowie Lieferungen ausländischer Hilfsorganisationen.²⁴ Zudem waren auch diese Ratio-

nen äußerst unzureichend: »vollkommenes Versagen der Zufuhr von Frischgemüse, Kartoffeln und Obst, die Märkte verödet, von der Hungerquote (850 Kalorien für Normalmenschen und 1400 Kalorien für Schwerarbeiter täglich) kann Fett nicht einmal in Ölform ausgegeben werden, weil die Russen keines liefern, statt Graupen werden wurmige Erbsen ausgegeben«.²⁵

Die nicht enden wollenden Plünderungen durch die Rote Armee²⁶ können wohl auch auf Truppenverschiebungen zurückgeführt werden, da die neu einquartierten Truppen sich erneut nahmen, was sie wollten.²⁷ Zudem wurden Delikte, wie beispielsweise die Beschlagnahmung von Vieh, kaum noch geahndet.

Bis März 1946 dauerten die Lebensmittel-Lieferungen auf Kredit an, dann musste sie die Rote Armee – aufgrund fehlender Waren – einstellen.²⁸ Selbst anderthalb Jahre nach Kriegsende – im November 1946 – war die Versorgung der Bevölkerung mit 1550 täglichen Kalorien noch nicht stabil.²⁹ Geradezu grotesk musste im April 1948 für die Bevölkerung der sowjetisch besetzten Wiener Bezirke Österreichs Eintritt in die Organisation für Wirtschaftliche Europäische Zusammenarbeit (OEEC) gewirkt haben, da bis auf die sowjetisch besetzten Zonen die Marshall-Plan-Hilfe für das restliche Österreich greifen konnte und die Lage sich dort zusehends entspannte.³⁰ Aber auch aus der Perspektive der sowjetischen Soldaten darf nicht vergessen werden, dass Österreich wie ein »Kulturschock« auf sie wirkte. Während in der Sowjetunion die Lebensbedingungen mehr als schlecht waren, trafen sie in Österreich – wie auch in Deutschland – trotz aller Zerstörungen auf einen Wohlstand und ein Lebensniveau, die sich deutlich von dem ihrer Heimat unterschieden.³¹

Ein weiteres Hauptanliegen der Stadtverwaltung war der Wiederaufbau Wiens. Allein der kommunale Wohnungsbau stellte die Behörden vor große Probleme. Baumaterial für Wohnraum fehlte ebenso wie Brennmaterial. Das machte sich besonders in den ersten beiden Nachkriegswintern drastisch bemerkbar.³²

Hinsichtlich der Personalpolitik innerhalb der Verwaltung dominierten »restaurative Elemente«.³³ Mit dem Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 war die NSDAP zwar endgültig verboten, und Nationalsozialisten mussten sich registrieren lassen. Mit dem wenig später folgenden Beamten-Überleitungsgesetz war die Voraussetzung geschaffen, die nationalsozialistische Beamtenchaft aus Ämtern zu entfernen.³⁴ Zugleich relativierte der sowjetische Stadtcommandant Wiens, Blagodatov, die Verfol-



Abb. 108 Blick zum Palais Schwarzenberg (Postkarte etwa 1890)

gung ehemaliger Nationalsozialisten.³⁵ Innenpolitisch zeigte die Große Koalition aus ÖVP, SPÖ und KPÖ 1946 mit dem Nationalsozialistengesetz den Willen, mit der Vergangenheit abzurechnen. Diese Abrechnung endete jedoch spätestens 1948, denn »eine halbe Million Menschen waren ja auch eine halbe Million Wähler«.³⁶

Bei den für Oktober 1949 angesetzten zweiten freien Wahlen nach Kriegsende konnte die neugegründete Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) mit knapp 490 000 Stimmen auch einen Großteil der Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten für sich verbuchen. ÖVP und SPÖ blieben unter Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) dennoch die führenden Parteien.³⁷ Die dritten freien Wahlen im Februar 1953 brachten nur eine unwesentliche Veränderung des Ergebnisses mit sich, die KPÖ verlor weiter an Stimmen, und die ÖVP stellte mit Julius Raab erneut den Kanzler.

Dass der nunmehr als österreichischer Außenminister amtierende Leopold Figl am 15. Mai 1955 – dem Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages – Österreich als »frei« bezeichnete und später den Vertrag auf dem Balkon des Oberen Belvederes stehend der Menschenmenge zeigte,³⁸ war eine merkwürdige Konstellation. Fand die Feier doch in der Nähe des sowjetischen Ehrenmals statt, das an die totale Niederlage und sowjetische Besatzung des vergangenen Jahrzehnts erinnerte.

»Gestern wurde das ›Befreiungsdenkmal‹ der Roten Armee, das künftig den noblen Abschluß unseres Schwarzenbergplatzes verschandeln wird, enthüllt.«³⁹

4.1.1 Errichtung und Einweihungsfeierlichkeiten

Von der Wiener Ringstraße aus gesehen liegt der Schwarzenbergplatz langgestreckt auf 400 Metern stadtauswärts in Richtung Süden.⁴⁰ Die ungewöhnlich anmutende Aufteilung dieses dreigliedrigen »Straßen-Platzes« ist unter anderem auf seine diskontinuierliche Erbauung sowie die heutige Verkehrsführung zurück zu führen.⁴¹ 1859 wurde – als Teil der Ringstraßenbebauung⁴² – ein Rechtecksplatz angelegt, der von der Ringstraße bis zur heutigen Lothringerstraße reichte. Hier befanden sich je drei gegenüber angeordnete »monumentale, palaisartige, halböffentliche Gebäude«.⁴³ Den Mittelpunkt des Platzes bildete das von Ernst Julius Hähnel geschaffene und 1867 enthüllte Reiterstandbild Fürst Karl Philipp zu Schwarzenbergs (1771–1820), jenem österreichischen Feldmarschall, der als Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen gegen Napoleon im Oktober 1813 die Völkerschlacht bei Leipzig gewann.⁴⁴ Die Einweihung des Denkmals, am 20. Oktober 1867, war – in für Österreich politisch schwierigen Zeiten kurz nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen – ein »anachronistischer Versuch der kompensativen Imagepflege«.⁴⁵



Abb. 109 Blick zum Palais Schwarzenberg (Postkarte um 1910)

Fortan sollte dieser Teil des Schwarzenbergplatzes zu »staatstragenden militärischen Inszenierungen« dienen, welche die »Selbstlegitimierung der Habsburgmonarchie« rechtfertigten.⁴⁶

Der Wienfluss mit der 1864/65 errichteten Schwarzenbergbrücke (die heutige Lothringerstraße) bildete die ursprüngliche Begrenzung des Schwarzenbergplatzes. Im Zusammenhang mit der Erbauung der 1. Wiener Hochquellwasserleitung wurde 1873 der Hochstrahlbrunnen in dem Teil des Schwarzenbergplatzes eingeweiht, in dem er auch heute noch steht. Somit war der zweite Teil des Platzes fertig gestellt (Abb. 108).⁴⁷ Gleichwohl sind das angrenzende Palais Schwarzenberg⁴⁸ sowie das dahinter liegende Belvedere Relikte einer »barocken Gartenstadt mit großartigen Sommerresidenzen«.⁴⁹ 1895 bis 1902 wurde mit der Einwölbung des Wienflusses – im Verlauf der Lothringer Straße – der Ausbau des südwestlichen bzw. – 1910 folgend – des südöstlichen Abschnittes des Platzes vorgenommen. Obgleich der dritte Bauabschnitt des äußeren Schwarzenbergplatzes »in der Tradition barocker Vestibülpfade« steht,⁵⁰ zeigt die hier beginnende sternförmige Straßenführung die Gestalt eines Sternplatzes (Abb. 109–111).⁵¹

Die Gebäude des gesamten Schwarzenbergplatzes sind bis heute äußerst repräsentativ. Die Bauten des ältesten Teils folgen »den Idealen der Neo-Renaissance und verband[en] die einzelnen Palais zu zwei großen Klammern rund um das Schwarzenberg-Denkmal«.⁵² Im mittleren Teil des Platzes finden sich »späthistorische palaisartige Bauten der Jahrhundertwende« – das bekannteste ist sicher die Nummer 4, das Haus der Industrie, in dem 1945 bis 1955 der Alliierte Rat seinen Sitz hatte.

Um den Hochstrahlbrunnen sind bis heute eine Vielzahl repräsentativer Gebäude angeordnet, zumeist im Stil »neo-barocker Solitärbauten«.⁵³ In der Art seiner Bebauung offenbart der Schwarzenbergplatz bis heute die soziale Schichtung seiner einstigen Bewohner. Neben einem auffallenden Anteil des Hochadels⁵⁴ waren und sind es vor allem Industrielle, die sich hier niedergelassen haben, ebenso wie das internationale Versicherungs- und Bankenwesen.⁵⁵

Ein städtebaulich so prominenter Platz wie der Schwarzenbergplatz ist bereits vor 1945 in das Fadenkreuz



Abb. 110 Blick zum Palais Schwarzenberg (Postkarte um 1910)

unterschiedlicher Denkmalsprojekte geraten. Neben der Errichtung des Reiterstandbils des Namensgebers sind hier vor allem Pläne zur Erbauung eines Denkmals für Gustav Mahler zu nennen, die 1931, obgleich bereits weit fortgeschritten, aufgegeben wurden. Entstanden wäre das Denkmal an der Stelle, auf der im August 1945 das sowjetische Befreiungdenkmal eingeweiht wurde.⁵⁶

Bei Kriegsende wurden in den Kämpfen um Wien die Häuser 3 und 5 – im mittleren und äußeren Teil gelegen – durch Bombentreffer zerstört. Andere – vormals in jüdischem Besitz befindliche und nach 1938 enteignete Gebäude waren bereits vor dem Krieg »baukünstlerisch verstümmelt« worden.⁵⁷ Nach Kriegsende hatte – wie schon erwähnt – der Alliierte Rat bis 1955 seinen Sitz im Haus Nr. 4, dem »Haus der Industrie«. Zudem war der Schwarzenbergplatz bis zum Abzug der alliierten Truppen ein politischer Knotenpunkt. Die Grenzen der sowjetischen und britischen Besatzungszone trafen hier ebenso aufeinander wie die der innerstädtischen Interalliierten Zone.⁵⁸

All diese Faktoren – städtebauliche Prominenz, die Funktion als politisches Zentrum, die vielfältigen Denk-

maltraditionen – haben die Wahl des Schwarzenbergplatzes für die Errichtung eines Siegesdenkmals zweifellos entscheidend beeinflusst. Konsequenterweise wollte die Sowjetunion mit dem Bau des Ehrenmals so rasch wie möglich ihren allein errungenen Sieg, aber auch ihre Präsenz im zerstörten Wien demonstrieren.

Die Quellenlage zur Erbauung des Wiener Denkmals ist – wie bereits in der Einleitung der vorliegenden Studie detailliert ausgeführt – unzureichend. Baupläne oder Akten sind weder in russischen noch in österreichischen Archiven auffindbar. Ausschließlich Zeitzeugenberichte können zur Beschreibung der damaligen Umstände herangezogen werden.⁵⁹ Dabei existieren unterschiedliche Berichte der am Bau beteiligten Personen.⁶⁰ Verantwortlich für den Bau des Denkmals war Dmitrij Šepilov,⁶¹ als Bauleiter fungierte Michail Scheinfeld.⁶²

Quellen, die sich auf Aussagen von Šepilov stützen, datieren den Befehl zur Erbauung des Denkmals bereits auf Februar 1945, also nach der für die Rote Armee siegreichen Schlacht um Budapest.⁶³ Scheinfeld dagegen datiert den Erbauungsbefehl auf April 1945. Noch während der Kämpfe um Wien seien vom Armeestab fünf sowje-

5

Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin

(Tiergarten/Treptow)

5.1 Berlin 1945 bis 1949: Neue Denkmäler an alten Orten

Wie bereits zu Beginn der vorliegenden Dissertation erwähnt, starben im April und Mai 1945 während der Kämpfe um die damalige Reichshauptstadt Berlin 20 000 bis 30 000 Soldaten der Roten Armee. Die hohe Zahl der Gefallenen machte den Rücktransport zu einer Bestattung in der Sowjetunion unmöglich. Deshalb wurden die ersten großen Denkmäler und Denkmalensembles für die siegreiche Sowjetarmee nicht in der Heimat, sondern in den osteuropäischen Ländern errichtet, die von ihr befreit und dem sowjetischen Machtbereich nach und nach eingegliedert wurden.¹ Diese Denkmäler waren in der Regel als Grab- und Erinnerungsstätten für die gefallenen sowjetischen Soldaten konzipiert.² So befinden sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR heute etwa 850 sowjetische Gedenkstätten und Friedhöfe. Viele von ihnen wurden bereits im Frühjahr 1945 vor allem auf Initiative lokaler Kommandeure errichtet.³ Architektonische Mittelpunkte der Gräberstätten waren meist Obelisken oder Stelen, die als Ehrenmale fungierten und mit Inschriften und Symbolen der UdSSR und der Roten Armee versehen waren. Für die Errichtung dieser Grabstätten wurden häufig zwei Standorte gewählt: Zum einen städtebaulich oder topografisch dominante sowie verkehrsmäßig stark frequentierte Plätze⁴ sowie zum anderen die Nähe zu deutschen Kriegerdenkmälern für die Jahre 1864 bis 1871 bzw. 1914 bis 1918.

Anzunehmen ist, dass die Führung der Roten Armee mit der zügigen Errichtung zahlreicher Denkmäler nicht nur ihre Opferbereitschaft für diesen Krieg, sondern ebenso ihre gegenwärtige und zukünftige Präsenz demonstrieren wollte. Indem die Toten auf fremder Erde bestattet waren, wurde gleichsam ein Anfang für die dauerhafte Anwesenheit der UdSSR geschaffen, die über 40 Jahre andauern sollte und – geschützt durch verschiedene Verträge nach 1990 – noch immer gegenwärtig ist.⁵ Im folgenden Kapitel werden zunächst die 1945 zügig vorangetriebene Erbauung und Einweihung des sowjetischen Ehrenmals im Tiergarten sowie die entsprechenden Vorgänge für das Ehrenmal im Treptower Park zwei Jahre später untersucht. Naturgemäß können in diesem Abschnitt ausschließlich für das Ehrenmal im Tiergarten erste politische und gesellschaftliche Nutzungen konstatiert werden, für deren Einordnung in die zeithistorischen Entwicklungen abschließend die politischen Umstände der Jahre 1945 bis 1949, mit besonderer Rücksicht auf die Lage Berlins, skizziert werden sollen. Vorausschauend sei zunächst auf die

Periodisierung der Jahre 1945 bis 1949 in Berlin verwiesen, die von Jürgen Wetzel vorgenommen wurde. Einer ersten Phase der alleinigen Kontrolle über die Stadt durch die Sowjets von Mai bis Juni 1945 folgte die zweite Periode der beginnenden Viermächteverwaltung, die mit den ersten freien Wahlen im Oktober 1946 endete. Die dritte Phase war von Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Alliierten geprägt, während der vierte Abschnitt ab Frühjahr 1948 in eine »offene Konfrontation mündete«.⁶

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde vom 8. Mai 1945 war Berlin zunächst allein von der Roten Armee besetzt, deren Vertreter rasch mit dem Aufbau des neuen Magistrats begannen.⁷ Verbunden damit war auch der sowjetische Alleinanspruch auf die ehemalige Reichshauptstadt,⁸ der jedoch aufgrund des Londoner Protokolls jeglicher Rechtsgrundlage entbehrte.⁹ Deshalb konnten im Juli 1945 zunächst Amerikaner und Briten, etwas später dann auch die Franzosen ihre Sektoren übernehmen. Damit begannen aber auch die täglichen Probleme und schließlich auch Konfrontationen zwischen den Besatzungsmächten, die durch die Festlegungen der Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945 nicht verhindert wurden.¹⁰

Administrativ wurde die Stadt durch den Magistrat verwaltet, welcher der Alliierten Kommandantur unterstand, die wiederum dem Alliierten Kontrollrat als oberster Regierungsbehörde Deutschlands untergeordnet war.¹¹ In diesem institutionellen Geflecht der vier Besatzungsmächte zeigte sich rasch, dass die Sowjetunion ihren Alleinanspruch auf Berlin zulasten der Amerikaner, Briten und Franzosen weiterhin durchsetzen wollte. Exemplarisch dafür ist die von der sowjetischen Besatzungsmacht maßgeblich beförderte Zwangsvereinigung von SPD und KPD im April 1946. Nachdem sich die Alliierte Kommandantur nicht auf die von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) gewünschte Anerkennung der SED in ganz Berlin einigen konnte, entschied der Kontrollrat, dass SED und SPD in den westlichen Sektoren nebeneinander zuzulassen seien. Zugleich war den westlichen Alliierten aber auch bewusst geworden, dass sie ihre Position in der Stadt stärken mussten. Für Oktober 1946 wurden zudem erste freie Wahlen angesetzt, bei denen die SED mit knapp 20 Prozent – verglichen mit den ursprünglichen Erwartungen der SMAD – unerwartet schlecht abschnitt.¹²

In der 1947 folgenden dritten Phase der Beziehungen zwischen den Alliierten versuchte die SMAD das Verhältnis der Berliner Bevölkerung zu den Westmächten kontinuierlich zu verschlechtern, um im Gegenzug den eigenen Einfluss zu stärken. Die Folge war die Konzentration aller vier Mächte auf ihre jeweiligen Sektoren sowie der

engere Zusammenschluss der drei westlichen Sektoren, weil eine übergreifende Einigung kaum noch erzielt werden konnte.¹³ Die im Juni 1948 vorgenommene Währungsreform in der Trizone sollte zunächst nicht für Berlin gelten. Nachdem aber die Sowjets im östlichen Sektor der Stadt überraschend schnell eine Währungsumstellung durchgeführt hatten, sahen sich die westlichen Mächte schließlich gezwungen, ihre Berliner Sektoren in das neue Währungssystem einzubinden, wodurch das Aus-einanstreben der Stadt verstärkt wurde.¹⁴

Diese konkurrierenden Währungsreformen sowie die Teilnahme West-Berlins am Marshall-Plan nahm die Sowjetunion zum Anlass für den Versuch, die westlichen Alliierten endgültig aus der Stadt zu verdrängen. Sie verhängten ab dem 24. Juni 1948 »eine totale Blockade der Verkehrsverbindungen zu Wasser und zu Land nach Berlin« – »aus »technischen Gründen«« – wie offiziell verkündet wurde.¹⁵ Die sich allmählich aufbauende Gegenblockade der Alliierten und die Versorgung der Stadt über eine Luftbrücke bis zum 12. Mai 1949 war nicht nur die »größte Luftoperation in der Geschichte«, sondern beschleunigte auch die Transformation der westlichen Siegermächte zu den allgemein anerkannten Schutzmächten der Stadt.¹⁶ Im Sommer/Herbst 1948 – noch während der Blockade der Stadt – wurde die Trennung Berlins politisch-administrativ zementiert. Die Spaltung von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat wurde auf Druck der SED vollzogen. Der sowjetische Sektor wurde politisch losgelöst und erhielt im November 1948 einen eigenen Oberbürgermeister. In den westlichen Sektoren wurde nach Wahlen im Dezember ein neuer Magistrat gebildet, an dessen Spitze der Sozialdemokrat Ernst Reuter trat, dessen Amtsumnahme als Oberbürgermeister Gesamtberlins im Juni 1947 noch am sowjetischen Veto gescheitert war.

Nach der politischen Trennung beider Teile Berlins entwickelten sich in Ost und West antagonistische politische Strukturen. Mit dem »Kleinen Besetzungsstatut«, das die westlichen Kommandanten am 14. Mai 1949 verabschiedeten, wurde in West-Berlin eine weitreichende Selbstverwaltung festgeschrieben. Hingegen stand der Ostteil der Stadt weiterhin unter dem umfassenden Einfluss der Sowjetunion, die nach 1955 auch in Gestalt eines Botschafters präsent war.¹⁷ Bis zur »doppelten Staatsgründung« änderte sich am Status Berlins nichts mehr. Die Stadt war nach 1945 mehr und mehr zum Keilidoskop des Ost-West-Konflikts geworden.¹⁸

5.1.1 Errichtung und Einweihungsfeierlichkeiten

Tiergarten

Reinhart Koselleck hat mit Blick auf die »politischen Totenmale« des 20. Jahrhunderts betont, dass der »unbekannte Soldat« in Kriegsdenkmälern immer an eine im Kern monarchische Denkmaltradition zurückgebunden bleibt.¹⁹ Diese These wird durch die Tatsache illustriert, dass sich in vielen europäischen Hauptstädten der »unbekannte Soldat« in der Nähe zu bzw. in direkter Gemeinschaft mit alten monarchischen Denkmalorten nachweisen lässt. Auch der Standort des sowjetischen Siegesdenkmals im Tiergarten steht dafür exemplarisch. Der Tiergarten wurde erstmals 1527 urkundlich erwähnt, als dem brandenburgischen Kurprinzen Joachim durch die Stadt Cölln Platz für einen Tier- und Lustgarten überlassen wurde.²⁰ In den folgenden Jahrzehnten wurde das Gelände vor den westlichen Stadtoren durch Zukauf beständig vergrößert und nach 1530 als Jagdgebiet genutzt. Weitere Veränderungen folgten, sodass ab 1698 aus dem Jagdgebiet ein stadtnaher Garten mit Alleen und Plätzen entstand. Spätestens um 1740, nach dem Bau des Brandenburger Tores 1734, wurde der Tiergarten endgültig zu einem »Lustgarten für die Bevölkerung« umgewandelt und »verliert [...] seinen Charakter als Wildgehege«.²¹

Weitere Veränderungen durchlief der Tiergarten in den folgenden Jahrzehnten: Der Ausbau der 1697 angelegten Landstraße nach Charlottenburg in eine Chaussee, die »großzügige Umgestaltung des Tiergartens in einen Landschaftsgarten nach englischem Vorbild«,²² die Errichtung eines Zoologischen Gartens sowie die Anlage der »Siegesallee«²³ sind dabei die markantesten Veränderungen. Von 1898 bis 1901 wurden an dieser Promenade insgesamt 32 Denkmäler enthüllt, welche die Fürsten Brandenburgs und Preußens von Markgraf Albrecht dem Bären (1134–1170) bis Kaiser Wilhelm I. (1861–1888) sowie bedeutende Zeitgenossen darstellten. Dieser gewaltige Skulpturenzyklus zum Ruhm des brandenburgisch-preußischen Herrscherhauses entstand auf persönliche Initiative Kaiser Wilhelms II., der auch die Kosten übernahm.²⁴

Dieses Architekturensemble des Kaiserreichs wurde nach 1933 einschneidenden Umbaumaßnahmen unterworfen. Die Siegesallee sollte als künftige Nord-Süd-Achse verbreitert werden. Die Denkmale wurden deshalb innerhalb des Tiergartens verlegt, im Wesentlichen in die Nähe des Großen Sterns, auf dem die Siegessäule



Abb. 115 Das Ehrenmal im Tiergarten, im Hintergrund der zerstörte Reichstag, 1946

– um ein Viertel erhöht – neu aufgestellt wurde. Die Charlottenburger Chaussee wurde zu einer mehrspurig befahrbaren Ost-West-Achse ausgebaut.²⁵ Genau am Schnittpunkt der Nord-Süd- und der Ost-West-Achse sollten die Sowjets 1945 das sowjetische Ehrenmal errichten. Neben dieser vorgegebenen stadttopografischen Situation spielte aber auch die Nähe zum Reichstagsgebäude – einem der wichtigsten Symbole für den Sieg der Roten Armee – eine große Rolle (Abb. 115).

Zeitgenössische Aufnahmen vom Mai 1945 zeigen den weitgehend zerstörten, kahlen Tiergarten.²⁶ Ende April hatte man bereits begonnen, die kaputte Fahrbahn der Ost-West-Achse als provisorische Landebahn herzurichten.²⁷ Zudem sollten mit einem subventionierten Notprogramm »Aufräumungs- und Planierungsarbeiten, Kompostbereitung durch Entschlammen der Teiche und Wasserläufe sowie Schlagen, Abfahren und Aufstapeln der beschädigten und abgehackten Bäume« durchgeführt werden, da der Tiergarten »die wichtigste Erholungsanlage im Innern der Stadt Berlin« sei.²⁸ Vor dem Hintergrund dieser Verwüstung nahm sich der Befehl zum Bau eines sowjetischen Siegesdenkmals in der deutschen Bevölkerung – sofern sie es zunächst überhaupt wahrgenommen hatten – befreudlich aus.

Der Befehl zur Erbauung des Ehrenmals ist archivisch nicht mehr auffindbar und auch nicht exakt dokumentiert. Jedoch existieren einzelne Zeitzeugenaussagen – so vor allem vom Bildhauer des Ehrenmals, Lev Kerbel, die einen diesbezüglichen Befehl Marschall Žukovs von Ende Mai 1945 angeben.²⁹ Die Wahl des Standortes wird von anderen Zeitzeugen mit der unmittelbaren Nähe zum Berliner Reichstag begründet.³⁰ Der Standort des Ehrenmals lag damit allerdings im britischen Sektor. Doch lassen sich auch die Verhandlungen über die Wahl des Standortes zwischen den Alliierten nicht mehr rekonstruieren.³¹ Der Vier-Mächte-Status Berlins wurde – wie bereits dargestellt – endgültig erst während der Potsdamer Konferenz kodifiziert. Die Rote Armee begann dadurch erst im Juli 1945 den für die Briten vorgesehenen Sektor zu räumen und mit der Gründung der SMAD am 9. Juni eine systematische Verwaltung der ihr unterstellten Territorien einzurichten.³² Diese spezifischen, in vielerlei Hinsicht offenen Umstände im Sommer 1945 ermöglichten es zweifellos, dass ab August 1945 mit der Errichtung des Denkmals im britischen Sektor begonnen werden konnte.³³

Der Architekt des Denkmals war Nikolaj Sergievskij. Als Bildhauer arbeiteten Lev Kerbel und Vladimir Cigal.³⁴ Der Erbauungszeitraum war mit gut zwei Monaten äu-

Zusammenfassung

Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien 1945 bis 2010

Die sowjetischen Ehrenmale im Berliner Tiergarten und im Treptower Park sowie auf dem Wiener Schwarzenbergplatz sind seit ihrer Erbauung 1945 und 1949 weit hin sichtbare, jedoch vergleichsweise wenig erforschte Denkmalsanlagen. Als monumentale Kriegerdenkmale sichern sie dauerhaft die Präsenz der Sieger des Zweiten Weltkrieges – der Roten Armee – in den Ländern der Besiegten. Ziel der vorliegenden Studie war es, die Bedeutung der drei großen Ehrenmale in Berlin und Wien von ihrer Entstehung in den Jahren 1945/1949 bis in die Gegenwart unter historisch-politischen sowie kulturschichtlichen Aspekten zunächst vergleichend zu untersuchen. Die Entstehung und der Umgang der Akteure in Politik, Verwaltung und Gesellschaft standen dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Frage, wie die Denkmale mit ihren unterschiedlichen Botschaften in den verschiedenen politischen Systemen nutzbar waren. Denn als Denkmale, die bereits kurz nach ihrer Erbauung in die Obhut deutscher und österreichischer Verwaltungsbehörden übergingen und deren Status durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag (1990), das Kriegsgräberabkommen (1992) bzw. – für Wien – im Staatsvertrag (1955) festgeschrieben wurde, sind sie zwangsläufig Teil der Geschichtspolitik. Dabei wurden in dieser Studie folgende Leitfragen in den Mittelpunkt gestellt:

- Das Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten – Fremdkörper im Gebiet West-Berlins oder Monument der Anti-Hitler-Koalition?
- Das Sowjetische Ehrenmal in Treptow – vom Außenseiterstatus zum Zentrum parteistaatlicher Repräsentation der DDR?
- Das »Russendenkmal« am Schwarzenbergplatz – ungeliebtes Relikt der sowjetischen Besatzungszeit?

Es war das vorrangige Ziel dieser Studie, zu analysieren, wie und durch wen die sowjetischen Ehrenmale in dem systemübergreifenden Zeitraum 1945 bis 2010 geschichtspolitisch verwendet wurden, wie sich die Sicht auf diese Orte änderte und ob die Ehrenmale als Indikatoren für den gesellschaftlichen und politischen Wandel in den deutschen und österreichischen Nachkriegsgesellschaften stehen können. Deshalb wurden verschiedene geschichtspolitische Ebenen untersucht: die staatliche, die administrative, die parteipolitische, die zivilgesellschaftliche, die mediale sowie die publizistische. Aufbauend auf dieser Analyse wurde zudem die Frage gestellt, wie die sowjetischen Ehrenmale als Orte der Erinnerung im geschichtspolitischen Kontext der SBZ, der DDR, des wiedervereinigten Deutschlands

und Österreichs zu verorten sind. Die Ehrenmale wurden 1945 bis 1949 erbaut und gelten aufgrund des Errichtungszeitraums, einer augenfälligen Monumentalität sowie der vielschichtigen Symbol- und Formensprache der architektonischen und plastischen Komponenten als prominenteste Beispiele der stalinistischen Architektur in Deutschland und Österreich.

Die am 19. August 1945 am Wiener Schwarzenbergplatz eingeweihte Anlage ist das älteste der drei Denkmale. Mit der Wahl des Standortes nahm sie den militärischen Memorialcharakter des Platzes in Gestalt des unverändert gelassenen Schwarzenberg-Denkmales auf. Die Sowjetunion konnte sich unter Bezugnahme auf 1813 erneut in die Tradition setzen, Befreier Europas zu sein, und verkündet dies auch mit der Inschrift am Kolonnadenbogen des sowjetischen Ehrenmals: »Ewiger Ruhm den Helden der Roten Armee, gefallen im Kampf gegen die deutsch-faschistischen Landräuber für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Europas.«

Die Soldatengruppen auf den Kolonnadenbögen zeigen in ihrem Gestus Kampfbereitschaft, während das Hauptmonument vom Sieg kündet – die Fahne steht aufrecht, und der mit Sowjetsymbolen verzierte Schild ist gesenkt. Auf dem fünfzackigen, mit Marmor verkleideten Sockel, auf dem die Soldatenfigur steht, sind Befehle Stalins zu lesen. Einige der im Kampf um Wien gefallenen Soldaten werden hier namentlich genannt und als Helden bezeichnet. Das Leiden und Sterben der Soldaten blendet das Ehrenmal weitestgehend aus. In ihrer Form sprache gedenkt die Anlage der Befreiung Wiens, nicht jedoch der gefallenen Soldaten.

Das am 11. November 1945 eingeweihte Denkmal im Berliner Tiergarten hat den prominentesten innerstädtischen Platz, unweit des Reichstages und des Brandenburger Tores. Ähnlich wie in Wien wurde auch hier die vorgefundene Denkmaltradition des Standortes am Endpunkt der ehemaligen Siegesallee und an der Kreuzung der von den Nationalsozialisten geplanten Nord-Süd- und Ost-West-Achse aufgenommen und zugleich monumental überformt. Zugunsten dieses prominenten Standortes wurde sogar in Kauf genommen, dass die Anlage im britischen Sektor errichtet wurde. Während am Schwarzenbergplatz die Rote Armee als Befreier präsentiert wird, steht im Tiergarten der militärische Sieg im Mittelpunkt. Dies unterstreichen die dem Denkmal vorgelagerten Panzer und Geschütze sowie der Kolonnadenbogen, an dessen Pfosten die einzelnen Waffengattungen der Roten Armee genannt werden. Der Soldat steht erhöht in der Mitte der Kolonnaden auf einem Postament, mutet aber nicht militärisch stolz an, sondern eher abwesend und müde. Bestattet sind hier – größtenteils anonym bis auf wenige Ausnahmen – etwa 2 500

sowjetische Soldaten. Die dem Denkmal beigegebenen stilisierten Sarkophage und Urnen sowie die Wasserfontänen im Hintergrund der Anlage sind Merkmale eines Trauerdenkmals. Die Inschriften an den Kolonnaden auf Russisch, Deutsch und Englisch erinnern an den »ewigen Ruhm« für die gefallenen Sowjetsoldaten des »Großen Vaterländischen Krieges«.

Das am 8. Mai 1949 eingeweihte Denkmal im Treptower Park ist mit seiner Größe und der Komplexität der Anlage einmalig. Sicher, weil das Ehrenmal im Tiergarten aufgrund der zunehmenden Konfrontation im Zeichen des Kalten Krieges für Feierlichkeiten nicht mehr unmittelbar zugänglich war, aber auch, um die Präsenz der UdSSR in der Besatzungszone dauerhaft festzuschreiben, wurde die Errichtung in vergleichsweise kurzer Zeit vorangetrieben und die Denkmalsfigur von großer ikonografischer Kraft geschaffen (Soldatenfigur mit dem Kind auf dem Arm). Es ist zugleich ein Trauer- und Siegesdenkmal. Die ungefähr 4 800 Soldaten wurden wie im Tiergarten größtenteils anonym bestattet. In der durchkomponierten Anlage gipfeln die Symbole des Triumphes (Torbögen, Fahnenmassiv) und der Trauer (»Mutter Heimat«, knieende Soldaten, Kenotaphe, Kurgan, Mausoleum, Heldengrab) in der metaphorischen Soldatenfigur, in der sich militärische Formensprache und christliche Symbolik in einer eigenen Heldenpose vereinen (Sieg über die Nationalsozialisten, Rettung eines Kindes).

Die Einweihungszeremonien aller Denkmale wurden ausschließlich von sowjetischer Seite geplant und bewusst an politisch oder historisch aufgeladenen Tagen durchgeführt. So wurde das Ehrenmal in Wien am 19. August 1945 eröffnet, kurz bevor die anderen Alliierten ihre Sektoren in der bis dahin von der Roten Armee regierten Stadt übernahmen. Das Ehrenmal im Tiergarten wurde am 11. November 1945 eingeweiht, am Jahrestag der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Compiègne am Ende des Ersten Weltkrieges. Das Ehrenmal im Treptower Park wurde am »Tag des Sieges«, dem 8. Mai 1949, eingeweiht.

Obgleich sich die Denkmalsanlagen in Berlin und Wien in der komplexen europäischen Tradition der Sieges- und Heldendenkmale bewegen und sowohl christliche als auch antike Motive verwenden, stellten sie doch für die Sowjetunion eine neuartige Bauaufgabe im Kontext der Architektur der Stalin-Zeit dar, für die es noch keinen festgefügten architektonischen und ikonografischen Kanon gab.

Das individuelle Gedenken an die Gefallenen ordnet sich stets der Monumentalität der Anlagen unter. Es wird visualisiert, wofür gestorben wurde, nicht aber wer und warum. Die Memorialisierung des Ruhmes und der Opferbereitschaft der Sowjetunion stehen im Mittelpunkt aller Anlagen. Die Anonymisierung der Gefallenen zeigt sich aber auch bei der bewussten Nicht-Nennung der Namen der Soldaten. Genaue Zahlen der bestatteten Soldaten im Tiergarten und Treptower Park können deshalb nicht ermittelt werden. Neben der Anonymisierung der Gefallenen ist deren Homogenisierung gleichermaßen prägend. An keiner Stelle wird der verschiedenen ethnischen Gruppen unter den Angehörigen der Roten Armee gedacht. Das zentrale gestalterische Element – die Soldatenfigur – verkörpert zwar in allen drei Ehrenmalen den überragenden Helden, allerdings mit einer jeweils unterschiedlichen Ausrichtung: stolzer Sieger – Wien; trauernder Sieger – Tiergarten; stiller, zukunftsweisender Held – Treptow.

Unterlagen und Pläne zur Erbauung der Denkmale sind nicht mehr auffindbar. Diese deutlichen gestalterischen Veränderungen innerhalb weniger Jahre unterstreichen noch einmal, dass es in den ersten Nachkriegsjahren weder einheitliche Vorgaben noch normsetzende Vorbilder in der Sowjetunion gab. Im Gegenteil: Im Verlauf der Untersuchung konnte deutlich herausgearbeitet werden, dass in Wien und Berlin eine Denkmaltradition im eigentlichen Sinne sogar begründet wird, die mit zeitlicher Verzögerung auch in der Sowjetunion zur Errichtung von Ehrenmalen führt, die bis heute die Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« prägen. Diese Denkmale stammen überwiegend aus einem Studio, das unmittelbar der sowjetischen Regierung unterstand und zu dem auch die Erbauer der Berliner Anlagen, die Bildhauer Evgenij Vučetić und Lev Kerbel sowie der Architekt Jakov Belopolskij, gehörten.

Auch wenn eine direkte Einflussnahme Stalins auf die Planungen und die Gestaltung nicht nachweisbar ist, sind zumindest die Ehrenmale am Schwarzenbergplatz und in Treptow Zeugnisse seiner Herrschaft, tragen sie doch bis heute die ihm zugeschriebenen Inschriften. Aufgrund der bereits genannten vertraglich geschützten Stellung der Anlagen wurde eine Entstalinisierung an den Denkmälern nicht vorgenommen. Ebenso waren aufgrund der geschlossenen Verträge Denkmalstürze oder Umwidmungen, wie sie nach 1989 in den anderen Staaten des früheren sowjetischen Herrschaftsgebietes vorkamen, ausgeschlossen.

Hinsichtlich seiner politischen Nutzung nimmt das Treptower Ehrenmal zwischen seiner Errichtung und dem Ende des Kalten Krieges naturgemäß eine Sonderstellung ein, denn als einzige der betrachteten Anlagen befand es sich innerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs. Das Ehrenmal stieg deshalb rasch zu einem der zentralen Aufmarsch- und Gedenkorte der SED auf, von dem eine Legitimation der Parteiherrschaft und eine Versinnbildlichung des Schulterschlusses mit der Sowjetunion ausgehen sollte.

Die Nutzung durch die Staatsführung der DDR sowie Repräsentanten der SED war an vier Tagen des Jahres üblich: am »Tag der Sowjetarmee« (23. Februar), am »Tag der Befreiung« (8. Mai), am Nationalfeiertag der DDR (7. Oktober) sowie am »Tag der Sozialistischen Oktoberrevolution« (7. November). Gerade die ausführliche Betrachtung der Feiern am 8. Mai haben gezeigt, dass das Treptower Ehrenmal seine Funktionen im politischen System der DDR zunehmend erfüllt hat: die Ritualisierung des Dankes für die Befreiung vom »Hitlerfaschismus«, die wiederum der legitimatorische Urgrund des Selbstverständnisses der SED als staatstragender Partei darstellte. Dabei erstarnte die Symbolsprache der Gedenkzeremonien und Feierlichkeiten am Ehrenmal bis 1990 zunehmend und verschwand naturgemäß 1990 fast vollständig. Durch die fortwährende Verwendung der Soldatenfigur mit dem Kind auf dem Arm – als Bühnenbild auf Parteitagen der SED, in Publikationen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft oder als Heldengeschichte in den Lese- oder Heimatkundebüchern aller Schulen – erfolgte vor allem seit den 1960er Jahren eine Popularisierung des zentralen Gedenkortes sowie eine sukzessive Steigerung der mit dem Ehrenmal verbundenen ideologischen Konnotationen. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt 1975 anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung mit einem »Meeting der Jugend« am Vorabend des 8. Mai, als 40 000 FDJler und Komsomolzen bei Fackelschein ihr Bekenntnis zum SED-Staat ablegten. Dass die offiziellen Kranzniederlegungen durch die Repräsentanten von Staat und Partei erst am 9. Mai stattfanden, zeigt den Spagat zwischen Fremd- und Selbstlegitimation, dem die Führung der DDR beständig unterworfen war. Gedenkfeiern mit ähnlichem Ablauf und wachsender Teilnehmerzahl folgten am 8. Mai 1980 und 1985. Auch hier stand die »Befreiung« von 1945 in ihrer fundamentalen Bedeutung für das Selbstverständnis und die Geschichtspolitik der SED im Mittelpunkt.

Eigenständige Nutzungsformen bzw. eine deutsche Gedächtnistradition konnten mit dem Treptower Ehrenmal nie nachhaltig verbunden werden. Zunächst besaß das Ehrenmal, im Hinblick auf die Inanspruchnahme des Ortes sowie den Transport seiner symbolischen Bedeutung in das Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten der DDR, eher einen Außenseiterstatus. Erst in den 1960er Jahren wurde in zunehmendem Maße in den Medien darüber berichtet, wie dieser Ort für politische Inszenierungen durch die Staats- und Parteiführung der DDR, Kollektive und Organisationen insbesondere an bestimmten Gedenktagen genutzt wurde. Dies zeigte sich vor allem an der zunehmenden Berichterstattung über stets wiederkehrende Feierlichkeiten zum »Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus« am 8. Mai. Erst in den 1970er Jahren wurden verstärkt Publikationen über das sowjetische Ehrenmal veröffentlicht, in denen auch häufiger der Versuch unternommen wurde, das Ehrenmal in einen nur scheinbar zutreffenden Kontext der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einzubetten.

Doch das Treptower Ehrenmal blieb stets ein sowjetisches. Dies zeigte letztlich seine Nutzung an bestimmten Gedenktagen durch die Staats- und Parteiführung der DDR. Denn fast alle diese Tage, die am Treptower Ehrenmal inszeniert wurden, besaßen einen entscheidenden historischen Bezug zur UdSSR. Sowjetisch konnotierte Gedenktage, an denen es regelmäßig zu Kranzniederlegungen am Ehrenmal kam, waren der bereits erwähnte 23. Februar sowie der 7. November. Auch wenn darüber in den Tageszeitungen nicht so ausführlich berichtet wurde wie über den 8. Mai, waren diese Tage von größter Wichtigkeit für die SED. Zwar ließ der Aufwand nach, mit denen die Zeremonien alljährlich begangen wurden, jedoch wurde auch mit dem wiederkehrenden Ritual der Kranzniederlegung an sowjetischen Feiertagen die dauerhafte Verbundenheit von UdSSR und DDR vorgeführt. Zwangsläufig reihten sich auch der 7. Oktober als Nationalfeiertag der DDR oder Zeremonien anlässlich der SED-Parteitage in diesen Kanon ritualisierter Kranzniederlegungen mit ein. Den geschichtspolitischen Stellenwert der Anlage in der DDR unterstrich letztmalig eine Protestkundgebung im Januar 1990 mit über 250 000 Teilnehmern. Anlass waren vermutlich vom Ministerium für Staatssicherheit initiierte rechtsradikale Beschmierungen am Ehrenmal im Dezember 1989, gegen die sich die Demonstranten wandten und dabei den Erhalt der Sicherheitsbehörden in Nachfolge der Staatssicherheit forderten.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges errichtete die Sowjetunion monumentale Siegesdenkmäler in den Zentren Wiens (Schwarzenbergplatz) und Berlins (Tiergarten). 1949 folgte als dritte Anlage das Ehrenmal in Berlin-Treptow, das größte Monument seiner Art außerhalb der Sowjetunion. Neben ihrer Funktion als Ruhestätten für die Gefallenen der Roten Armee sollten diese Anlagen in beiden Hauptstädten als dauerhafte Symbole sowjetischer Präsenz dienen. Erstmals werden die drei Denkmalsanlagen auf einer breiten Quellenbasis vergleichend untersucht sowie kunsthistorisch und erinnerungskulturell eingeordnet. Die Studie zeichnet ihre Entstehungsgeschichte nach und leuchtet in einer langen zeitlichen Perspektive ihre Nutzung und geschichtspolitische Bedeutung in den unterschiedlichen politischen Systemen vielfältig aus.



SANDSTEIN

